Nr. 52. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 50 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,30 Mark pro Monat eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und -Angebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 22. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Reichstag und neue Steuern.

Für Verteidigung – gegen Eroberungssucht.

Nach Mitteilungen, die wir an anderer Stelle des Blattes bringen, wird am Freitag die Entscheidung über die neuen Kriegskredite im Reichstag fallen. Die sozialdemokratische Fraktion hat zur Stunde ihren Entschluß noch nicht gefaßt; aber wir nehmen es als gewiß an, daß ihre Haltung von ihrer bisherigen keine Abweichung zeigen wird.

Dieselben Umstände, welche unsere Zustimmung zu den Kriegskrediten während des früheren Verlaufs des Krieges im Interesse des deutschen Volkes notwendig machten, bestehen unverändert fort. Am allerwenigsten Einfluß kann es natürlich auf die grundsätzliche Haltung der sozialdemokratischen Fraktion ausüben, daß die diesmal zu bewilligende Kreditvorlage alle früheren um ein Erkleckliches an Höhe übertrifft. Es wird sich niemand in der Fraktion jener Lächerlichkeit aussetzen wollen, welche gewisse Oppositionsgrößen auf sich zogen, die am 4. August 1914 zwar fünf Milliarden bewilligten, bei der nächsten Vorlage aber erklärten, daß zehn Milliarden zu viel sei.

Die Kardinalfrage kann nur sein: Führt Deutschland einen Verteidigungskrieg oder nicht? Und hier hat sich seit der Bewilligung der letzten Kriegskredite nicht nur nichts geändert, sondern der Charakter des Weltkrieges als eines Verteidigungskrieges für Deutschland ist seitdem in einer plastischen Deutlichkeit hervorgetreten, wie in keiner Phase des Krieges je zuvor. Das Friedensangebot der deutschen Regierung, das selbst der größere Teil der auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehenden Presse mit aufrichtiger Freude begrüßte, ja sogar (wie z. B. die „Erfurter Tribüne") mit persönlichem Dank an den Kaiser annahm, wurde von unseren Gegnern brutal abgelehnt. In ihrer Antwortnote an den Präsidenten Wilson stellten diese Eroberungspläne auf, von denen wiederum auch die Organe der Arbeitsgemeinschaft, selbst so radikale Blätter wie das „Halleische Volksblatt", zugestehen mußten, daß sie neben einer vollständigen Zerstückelung unserer Bundesgenossen die politische Vernichtung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands bedeuten.

Wenn jemals das deutsche Volk in einem Kampfe um sein nacktes Dasein, um die Möglichkeit, als politisch und wirtschaftlich selbständiges Glied der Völkergemeinschaft weiter zu existieren, gestanden hat, so heute, wo ihm von einer fast den ganzen Erdball umfassenden Koalition Verderben und Vernichtung angedroht wird. Und weil die Sozialdemokratie eine Volkspartei im wahrsten und umfassendsten Sinne des Wortes ist und sein will, deshalb steht sie dem Volke in dieser entscheidenden Situation getreu zur Seite und bringt das zum Ausdruck, indem sie ihm, dem Volke, die Mittel bewilligt, deren es zu seiner Verteidigung bedarf. Dies ist der leitende Gedanke und er wird auch nicht getrübt oder verändert durch die Mittel, deren Anwendung die Regierung in der Kriegführung gut heißt. Um den Sinn und Charakter des Kampfes handelt es sich, er bleibt bestehen, mögen auch die Mittel des Kampfes wechseln.

Wenn wir dies mit Schärfe betonen, legen wir andererseits allerschärfste Verwahrung gegen die Versuche ein, den klaren Geist unseres Verteidigungskampfes in sein Gegenteil umzufälschen. Wir führen Krieg, um Dasein und Lebensmöglichkeiten unseres Volkes zu erhalten, nur zu diesem Ziel und auch nur bis zu diesem Ziel.

Das muß heute bestimmter denn je, mit eherner Deutlichkeit ausgesprochen werden, damit auch im Ausland kein Zweifel darüber herrschen kann, was die große Masse des deutschen Volkes will, im Gegensatz zu denen, die über ihre geringe Zahl durch große und marktschreierische Worte hinwegzutäuschen suchen.

Der gestrige Tag war geradezu ein Großtag der Eroberungsreden und der alldeutschen Annexionsforderungen. Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte entlud sich das Machtbegehren gewisser Kreise mit jener lärmenden und naiv brutalen Offenheit, die man schon von früher her als Charakteristikum jener Bündlertagungen kennt. Und es war vielleicht kein bloßer Zufall, wenn diese landwirtschaftliche Demonstration von der Seite des preußischen Dreiklassenparlaments her kräftig sekundiert wurde, wo zwei Vertreter der rheinischen Schwerindustrie, der Zentrumsmann Bell-Essen und der Nationalliberale Fuhrmann um die Krone der weitgestecktesten Eroberungsforderungen miteinander wetteiferten.

Auf der Bündlertagung hörte man weit mehr von Kriegszielen und Eroberungsnotwendigkeiten als von Angelegenheiten der Landwirtschaft sprechen. Es redeten sogar zwei Industrievertreter (Rötger, Wildgrube) auf einen Landwirt (Röficke). Also eher eine Demonstration der Eroberungspolitiker als landwirtschaftliche Tagung!

Freilich wurden auch wie üblich Versprechungen der Landwirtschaft in der Frage der Volksernährung abgegeben, Versprechungen, wie wir deren bereits einen ganzen Sack beieinander haben. In der angenommenen Resolution findet sich diesmal neben dem Satze, daß die Landwirte mit dem deutschen Volk Entbehrung und Einschränkung teilen wollen, auch die Wendung: „Wir deutschen Landwirte wollen alles geben, was wir haben." Wie das zu verstehen ist, führte der Bundesvorsitzende Dr. Röficke aus: „Bei aller patriotischen Pflichterfüllung muß die Produktion sich doch für den einzelnen erfolgreich gestalten." Wir wollen alles geben — aber Gewinn müssen wir erzielen.

Doch das nebenbei. Die Eroberungsziele standen im Vordergrunde. Was alles von den Wangenheim, Roesicke, Rötger, Wildgrube, den Bell und Fuhrmann gefordert und verlangt wurde, das ist hier kaum im einzelnen aufzuzählen, wir verweisen unsere Leser auf die Berichte des preußischen Abgeordnetenhauses und der Bündlertagung. Ziele und Pläne tauchten auf, die man selbst von den größten alldeutschen Heißspornen aufgegeben glaubte. Bekam es doch Herr Rötger fertig, einmal wieder Calais zu verlangen, eine Forderung, zu der sich selbst der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Herr Claß, in der Oeffentlichkeit nicht bekennen wollte. Ganz Besonderes in der Hervorkehrung brutalen Machtstandpunktes, in der Aufreizung und Verhöhnung all und eines jeden leistete aber der neugebackene Reichstagsabgeordnete Wildgrube mit einer Rede, die selbst an alldeutschen Stammtischen noch nicht übertroffen sein dürfte. Der Herr will den Verständigungsgedanken „auf Hungerkur" setzen, er spricht vom „Narrenseil des Völkerrechts". Er hätte nur im Wahlkampf halb so deutlich sprechen sollen, wo er seinen überannexionistischen Standpunkt ängstlich zurückhielt, und wir zweifeln sehr, daß er sich heute mit dem Titel eines „Volksvertreters" drapieren könnte.

Auf Bismarck berufen sich die Herren, auf sein „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts in der Welt". Aber Bismarck, mag man sonst von seiner Politik denken, was man will, hat es stets vermieden, aus reinem (und sachlich nicht einmal berechtigten) Machtübermut, wie die Wildgrube, Rötger und Fuhrmann, die ganze Welt mit leichtfertigen Fußtritten und Maulschellen gegen uns aufzubringen. Diese Herren glauben erst dann bewiesen zu haben, daß sie niemand fürchten, wenn sie jeden harmlosen Passanten ihrer politischen Pfade ins Gesicht schlagen. Selbst der Bundesgenosse Tisza ist vor ihnen nicht sicher. Wenn solche Kraftmeiereien, wie sie Herr Wildgrube dutzendweise produzierte, der wirkliche Meinungsausdruck des deutschen Volkes wären, so müßten sie uns um die letzte Sympathie jedes uns heute noch wohlgesinnten anständigen Neutralen bringen. Aber Gott sei Dank sind sie es nicht.

Doch noch eine andere Note trugen die Reden auf der Bündlertagung wie in dem Dreiklassenparlament. Sie richteten sich gegen die Regierung. Aus den bissigen Anspielungen des Herrn Roesicke wie aus den klotzigen Drohungen des Herrn Fuhrmann schäumte und knirschte der verhaltene Aerger, daß die Reichsregierung im Gegensatze zu den alldeutschen Eroberungspolitikern steht. Herr Fuhrmann will den Reichskanzler damit festlegen, daß er es als eine Beleidigung für Bethmann Hollweg erklärt, wenn man ihm nachsage, er habe keine Eroberungsabsichten; er tituliert zum gleichen Zweck den Staatsmann einen „Totengräber deutscher Macht und Größe", der, ohne das letzte alldeutsche Eroberungsziel erfüllt zu haben, Frieden schlösse.

Aber diese mit den stärksten Ausdrücken arbeitende Agitation beweist sachlich nur das eine, daß eben nicht der Vertrauensmann der Eroberungspolitiker bei uns an der Spitze der Regierung steht. Das unterscheidet Deutschland vorteilhaft von seinen Gegnern — und auch das spielt bei der Frage der Kreditbewilligung mit —, daß in England, Rußland und Frankreich Männer des stärksten Eroberungswillens über den Sturz gemäßigter Ministerien an die Spitze gerückt sind, während bei uns heute noch der organisierte Eroberungswille in ohnmächtigem Machthunger entweder auf privaten Tagungen tobt und wütet, oder aber nur in einem solchen Parlament wirkliche Resonanz findet, in dem vermöge eines veralteten Wahlrechts die große Masse des Volkes so gut wie gar nicht vertreten ist.

Und gerade der letzte Umstand sollte für die Regierung ein Fingerzeig sein, wie sehr es auch in ihrem Interesse liegt, diesen sich groß gebärdenden Wenigen das letzte Fundament ihrer Scheingröße zu entziehen. Sie setze an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts in Preußen das Reichstagswahlrecht, und die alldeutsche Korona enthüllt sich in ihrer ganzen Bedeutungslosigkeit. Die Bühne privater Zusammenkünfte können und wollen wir ihr wie niemandem nehmen; aber vom Podium der Volksvertretung muß sie herunter, sie, die das Volk nie vertreten hat und nicht vertritt.

Neue Steuern im Reich.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1917 ist dem Reichstag zugegangen. Ein neuer Kriegsetat bedeutet neue Steuern. Was die im vergangenen Jahre beschlossenen neuen Steuern wirklich bringen werden, steht noch nicht fest. Der Warenumsatzstempel z. B. war erstmalig für die in die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1916 fallenden Zahlungen zu entrichten, und die Frist zur Vermögensdeklaration für die im Vorjahre bewilligte Besitz- und Kriegssteuer ist erst am 15. Februar 1917 abgelaufen. Aber sicher ist, daß mit den im Vorjahre bewilligten Steuern der Etat für 1917 nicht balanziert werden kann. Im neuen Etatjahre sind 24 Milliarden Kriegsanleihen mehr zu verzinsen, was allein 1200 Millionen Mark Zinsen mehr erfordert. Nach den Schätzungen, die der Bundesrat dem Etatentwurf zugrunde gelegt hat, übersteigen die Ausgaben um zirka 1250 Millionen Mark die zu gewärtigenden Einnahmen. Diese wären durch neue Steuern zu decken, denn auf Anleihe können sie nicht genommen werden. Die Pumpwirtschaft hat ihre Grenze, wenn wir auch in diesem Dauerweltkriege mit Milliardensummen rechnen lernten, die wir im Frieden nur bei astronomischen Berechnungen brauchten.

Wie wollen nun die Verbündeten Regierungen den Fehlbetrag von 1250 Millionen Mark decken? Die beliebtesten Steuerobjekte früherer Zeiten mußten ohne weiteres ausscheiden. Bier, Branntwein und Tabak vertragen beim besten Willen keine neue Mehrbelastung. Die durch die Kriegswirtschaft erzwungenen Produktionseinschränkungen sorgen schon dafür, daß auf diese Genußmittel der breiten Massen gelegte neue Steuern nichts einbringen würden. Der Bundesrat hat deshalb ein neues Steuerbukett zusammengestellt. Jetzt sollen die Kohle und der Verkehr bluten, und diesem Steuerstrauße ist gleichsam als verschönende Umhüllung eine Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer zugesellt.

Es sollen bringen: Die Kohlensteuer 500 Millionen, die Verkehrssteuern 250 bis 270 Millionen, die Kriegsgewinn- und Besitzsteuer zirka 400 bis 500 Millionen Mark. Der Bundesrat ging dabei von der Erwägung aus, daß die neuen Steuern auf eine möglichst einfache Weise herausgeholt werden sollen, weil Steuern, die eine komplizierte Veranlagung und eine schwierige Kontrolle erfordern, wegen des hierzu nötigen Personals zurzeit nicht eingeführt werden können. Dieser an sich beachtenswerte Gesichtspunkt darf aber nicht der entscheidende sein. Bei allen Steuern kommt es zuerst darauf an, wie sie auf die durch den Krieg schwer geprüften breiten Massen der Bevölkerung wirken. Daraufhin müssen die geplanten Steuern zunächst angesehen werden.

Projekte zur Besteuerung der Kohle tauchten auch schon bei früheren Finanzreformen auf. In den Steuererörterungen der Kriegszeit spielte die Kohlensteuer eine so große Rolle, daß, wie behauptet wird, in den Lieferungsverträgen der Bergwerksverwaltungen und der Industrie die Kohlensteuerklausel seit geraumer Zeit eingefügt wird.

Die Kohle soll nach dem reinen Wert besteuert werden, und zwar mit 20 Prozent. Die Steuer wäre auf Grund der Werksfakturen leicht zu kontrollieren. Der Bundesrat geht von rein fiskalischen Gesichtspunkten aus. Er denkt ebensowenig an eine Verstaatlichung der Kohlengruben als an die Einführung eines Kohlenhandelsmonopols. Die geplante Kohlensteuer würde nicht das dividendengesegnete Aktienkapital treffen und dessen riesige Kriegsgewinne zugunsten des Reichs beschneiden, sondern sie würde auf die verarbeitenden Industrien abgewälzt werden. Die dadurch erhöhten Betriebskosten würden in die Preise der Halb- und Fertigfabrikate einkalkuliert werden und nach oben abgerundet in dem Warenpreise erscheinen, den der Konsument beim Kleinverschleiß zu zahlen hat. Die Masse dieser Konsumenten würde aber außerdem von der Kohlensteuer noch direkt schwer getroffen, weil diese die Hausbrandkohle im Preise steigern müßte. Welche Bedeutung die Kohle für den Einzelhaushalt des kleinen Mannes hat, das haben uns eben erst vier bitterkalte Winterwochen fühlen lassen.

Außerdem herrscht kein Zweifel darüber, daß nach Lage der Reichsfinanzen die Kohlensteuer keine Kriegsnotmaßnahme sein würde, sie würde deshalb beim Uebergang zur Friedenswirtschaft besonders schlimme Wirkungen haben, weil sie einer schnellen Wiederbelebung unserer Friedenswirtschaft hindernd im Wege stände. Aus allen diesen Gründen ist die geplante Kohlensteuer zu verwerfen.

Die neuen Verkehrssteuern sollen eine weitere Erhöhung des Frachturkundenstempels um 7 Proz. und eine

„Reform" der Fahrkartensteuer bringen. Die bestehende Fahrkartensteuer hat sich nicht bewährt, weil das Publikum sich ihr durch Abwanderung in die billigeren Wagenklassen einfach entzog. Jetzt soll eine prozentuale Abgabe auf alle Fahrkarten geschlagen werden, die von 10 bis 16 Proz. steigt. Mit dem niedrigsten Satze von 10 Proz. sollen auch die Fahrscheine der Straßenbahnen getroffen werden. Die neuen Steuern bedeuten für die Bevölkerung eine noch viel fühlbarere Belastung als die im Vorjahre erhöhten Postgebühren. In den Großstädten und Industriegegenden kann kein Arbeiter auf dem Wege von und zu der Arbeitsstätte von der Benutzung der Stadtbahn oder Straßenbahn absehen. Die geplanten Verkehrssteuern dürften im Zusammenhang mit kommenden Tariferhöhungen und mit der vorjährigen Erhöhung der Posttarife bald die Einführung einer Zwischenmünze von 2½ Pfennig im Gefolge haben, denn in der Praxis würde die geplante Steuer eine Tariferhöhung nicht um 10 Proz., sondern um mindestens 25 Proz. zur Folge haben. Das muß verhindert werden.

Das Verkehrswesen ist heute noch, von den elsaß-lothringischen Bahnen abgesehen, den Einzelstaaten überantwortet. Sollten die Verkehrseinnahmen überhaupt für das Reich nutzbar gemacht werden, so müßte zuerst die Frage der Ueberführung der Bahnen in Reichsbesitz wieder zur Debatte gestellt werden. Entsprechende Vorschläge, die im einzelnen zu prüfen wären, hat der Geheimrat Dr. H. Kirchhoff in seinem kürzlich erschienenen Buch: „Ein offenes Wort über die Eisenbahn-, Staats- und Reichsfinanzen" gemacht, das Genosse Hirsch in Nr. 41 des „Vorwärts" bereits besprochen hat. Kirchhoff will durch Rückkehr zur Einfachheit im Verkehr und Führung des Verkehrswesens nach kaufmännischen Grundsätzen für das Reich etwa ½ Milliarde jährlich locker machen. Jedenfalls können die Arbeiter eine neue Belastung durch eine Fahrscheinsteuer nicht vertragen. Das muß um so nachdrücklicher festgestellt werden, als die Königliche Eisenbahndirektion in Berlin in dem am 14. Februar im „Vorwärts" abgedruckten Bescheid an einen Arbeiter zum Ausdruck brachte, daß „viele Arbeiter bei den heutigen Arbeitslöhnen sehr wohl imstande seien, sich für die Fahrt von und zu der Arbeitsstätte Stadtbahnbillets zweiter Klasse zu beschaffen". Die Massen der Arbeiter können und wollen sich diesen Transportluxus nicht leisten. Sie brauchen ihr Geld in dieser Zeit der Teuerung wahrlich nötiger. Ebenso müssen die Vertreter der Arbeiter jede Besteuerung der Straßenbahnfahrten ablehnen.

Der Bundesrat macht sich gerade die Gründe zu eigen, die die Straßenbahngesellschaften bisher für die Notwendigkeit einer Tariferhöhung in Berlin vergeblich geltend machten. Er nimmt an, daß wegen der gestiegenen Löhne und Materialpreise und wegen der notwendig werdenden umfangreichen Erneuerung des zerfahrenen Materials eine Erhöhung der Straßenbahntarife sowieso kommen müßte. Er will bei dieser Gelegenheit einen zehnprozentigen Zuschlag auf den Fahrpreis für das Reich erheben lassen. In Wirklichkeit liegen deshalb die Dinge so, daß die Straßenbahngesellschaften 1917 eine günstige Gelegenheit bekämen, ihre bisher verhinderte Tariferhöhung durchzudrücken, wenn die Steuerpläne der Verbündeten Regierungen angenommen werden sollten. Dabei wird die Sozialdemokratie keine Hilfe leisten. Die geplanten Verkehrssteuern sind für sie nicht annehmbar.

Mit den geplanten Zuschlägen von 20 Proz. zur Kriegsgewinnsteuer kann die Sozialdemokratie grundsätzlich einverstanden sein. Sie wird sich bemühen, diese Steuer noch zu verschärfen. Sie kann dabei auf die im Vorjahre von der Reichstagsmehrheit abgelehnten sozialdemokratischen Anträge zurückgreifen. Ferner wird sie zur Deckung des Fehlbetrages auf ihre vorjährigen Anträge zur Erbschaftssteuer zurückkommen, die damals aus burgfriedlichen Gründen bei der Mehrheit des Reichstags keine Gegenliebe fanden. Inzwischen hat Herr von Schorlemer in den Debatten über das Fideikommißgesetz im Abgeordnetenhause erklärt, daß es einen Kodex der Dinge, die unter den Burgfrieden fallen, nicht gäbe. Wenn in Preußen unter dem Burgfrieden gegen den Willen großer Parteien die Durchberatung des Fideikommißgesetzes erzwungen werden kann, warum soll da die Reichstagsmehrheit nicht eine stark ausgebaute Reichserbschaftssteuer durchsetzen, die nach englischem Vorbilde allein die 500 Millionen Mark bringen könnte, die aus der Kohle herausgewirtschaftet werden sollen? In England brachte die Erbschaftssteuer bereits vor dem Kriege mehr als eine halbe Milliarde Mark, also fast das Zehnfache als hierzulande. Hoffentlich sind die liberalen Parteien in Anbetracht des starken Steuerbedarfs des Reichs in diesem Jahre hier zu einem festen Zufassen bereit. Das Reich muß das Geld dort holen, wo es haufenweise beisammen liegt. Für die Erben im Felde gefallener Gatten, Väter und Söhne könnte dabei soviel Steuerfreiheit bestehen bleiben, als jetzt besteht.

In der Erklärung, die Genosse Scheidemann im vorigen Jahre bei der dritten Lesung des Steuergesetzes im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion abgab, hieß es:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit gewesen, zur Mitarbeit bei der Beschaffung der Mittel, die zur Deckung der aus dem Krieg erwachsenen außerordentlichen Lasten erforderlich sind. **Sie kann aber neuen Belastungen des Verkehrs und Verbrauchs, durch die in erster Linie die Massen der kleinen Geschäftsleute und Arbeiter, der mittleren und unteren Beamten belastet werden, nicht zustimmen.**"

Die sozialdemokratische Fraktion hat demgemäß 1916 für die Kriegssteuer und gegen die Verbrauchs- und Verkehrssteuern gestimmt. Inzwischen ist ein Jahr vergangen, das für fast alle notwendigen Bedürfnisse der Massen neue Preissteigerungen gebracht hat. Da ist es Pflicht der Sozialdemokratie, neue Belastungen der Massen zu bekämpfen. Die Verkehrs- und Verbrauchssteuern werden aber nicht nur auf alle Schichten der Bevölkerung abgewälzt, sondern sie treffen auch den niedrig entlohnten Fabrik- und Landarbeiter, den Festbesoldeten, den Invalidenrentner und die Kriegerwitwe im Verhältnis zum Gesamteinkommen um ein vielfaches schwerer als den guten Verdiener und den Kriegsgewinner. Deshalb wird die Sozialdemokratie bei den kommenden Beratungen über die Steuern eine konsequente Durchführung der Besitzbesteuerung durch das Reich verlangen und jede neue Belastung der Verbrauchermassen ablehnen, die jetzt schon durch die Teuerung auf das stärkste in ihren Existenzbedingungen gefährdet sind.

•

In der Begründung der Kohlensteuergesetzes wird u. a. ausgeführt: Der deutsche Steinkohlenbergbau umfaßt 350, der Braunkohlenbergbau 465 Betriebe mit zusammen ungefähr 500 Betriebsinhabern, die Kohlen im Werte von 2,2 bis 2,5 Millionen Mark jährlich produzieren. Deutschland habe trotz Preissteigerung noch immer die billigsten Kohlenpreise der Welt. Nur 10 Proz. des Verbrauchs entfielen auf Hausbrand. Da z. B. in Berlin der zu besteuernde Wert der Hausbrandkohle von 40 bis 43 Proz. der Kleinhandelspreise betrage, würde der Verbrauch nicht mit 20, sondern nur mit 8 Proz. des Preises belastet werden. (?)

Nach § 38 des Gesetzes ist der Lieferer berechtigt, dem Abnehmer die Steuer in Rechnung zu stellen und den vor Inkrafttreten des Gesetzes ausbedungenen Vertragspreis entsprechend zu erhöhen. Dasselbe gilt für Verträge auf Lieferung von Gas, Wasser und elektrischer Arbeit, soweit diese durch die Kohlensteuer versteuert wird. Dazu bemerkt die Begründung: „Die vorgesehene Ueberwälzungsbestimmung entspricht der bei der Einführung neuer Verbrauchsabgaben üblichen Rechtsregel." Das bedeutet höhere Rechnungen für Wasser, Gas, elektrisches Licht! Ueber die Berechtigung der Aufschläge sollen Schiedsgerichte entscheiden, die jedenfalls viel zu tun bekommen werden!

Die Erwartungen des U-Boot-Krieges übertroffen

Erklärungen der Regierung im Hauptausschuß.

Berlin, 21. Februar. Der Hauptausschuß des Reichstages ist heute vormittag zusammengetreten. Die Beratungen, denen die Staatssekretäre Dr. Helfferich, v. Capelle, Graf v. Roedern und Zimmermann beiwohnten, waren zunächst vertraulich.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts machte vor Eintritt in die Tagesordnung eingehende vertrauliche Mitteilungen über die Entwicklung der politischen Lage seit dem 31. Januar. Er behandelte die Haltung der verschiedenen neutralen Mächte und stellte ein Weißbuch mit den gewechselten diplomatischen Schriftstücken in Aussicht. Der Staatssekretär ging dabei ausführlich auf die Lage ein, die Amerika gegenüber durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingetreten ist. Zum Schluß sprach er unter dem Beifall des Ausschusses seine feste Zuversicht aus, daß wir durch die Anwendung der U-Boot-Waffe das vorgesteckte Ziel erreichen werden.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts betonte im längeren, am Schluß mit lebhaftem Beifall begrüßten Ausführungen, **daß die Erwartungen, die die Marine auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gesetzt habe, nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden seien.** Bei der systematisch durchgeführten Verschleierung, deren sich vor allem die englische Presse in bezug auf Schiffsversenkungen auf Veranlassung der Regierung befleißige, sei es naturgemäß schwierig, schon jetzt mit sicheren Zahlen hervorzutreten. Die vor einiger Zeit in einer großen Berliner Tageszeitung gebrachte Zahl von versenkter Tonnage sei, dafür hätten wir bereits Beweise in Händen, keineswegs zutreffend. Man täte gut, derartige summarische Zusammenstellungen, die von unseren Feinden nur dazu benützt würden, gegen uns zu agitieren, und die großen Erfolge des U-Boot-Krieges zu verkleinern und zu verschleiern, lieber zu unterlassen, bis die amtlichen Feststellungen vorlägen. Er könne, obgleich eine Reihe von Unterseebooten, entsprechend ihrem großen Aktionsradius und den ihnen erteilten Anweisungen, von ihrer Streife noch nicht in ihre Ausrüstungshäfen zurückgekehrt sind, schon jetzt versichern, daß das Ergebnis die von der Marine gehegten Erwartungen übertreffe. **Sehr erfreulich sei, daß keine Veranlassung vorliege, mit dem Verlust auch nur eines Bootes seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu rechnen.** Die Abwehrmaßnahmen, von denen in der englischen Presse und im englischen Parlament so viel Wesens gemacht werde, hielten sich nach den Meldungen der zurückgekehrten U-Boote in normalen Grenzen. In der Nordsee herrsche so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schiffahrt sei offenbar so gut wie eingestellt. Zusammengefaßt, könne die Marine **mit der größten Zuversicht** der weiteren Entwickelung des U-Boot-Krieges entgegensehen. Die Erwartungen, die das deutsche Volk an ihn knüpfe, seien durch die bisherigen Ergebnisse voll gerechtfertigt worden.

Der Staatssekretär des Innern wies auf die starke Verschlechterung der Versorgung Englands mit unentbehrlichen Bedarfsgütern (Lebensmittel, Grubenholz) und der Kohlenversorgung der Alliierten und Neutralen durch England im Dezember 1916 hin. Die Rückgang gegen Dezember 1915 sei erheblich größer, als der Durchschnittsrückgang des ganzen Jahres 1916 gegen 1915. Die Zahlen zeigten, daß die **britische Versorgung dicht an den Gefahrpunkt herangerückt sei.** Auch vom wirtschaftlichen Standpunkte könnte mit aller Bestimmtheit auf die vollständige Erfüllung aller an den U-Boot-Krieg geknüpften Erwartungen gerechnet werden. (Beifall.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung ergriff der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf von Roedern das Wort zu eingehenden vertraulichen Ausführungen über die finanzielle Lage.

In der Nachmittagssitzung wurde die vertrauliche Aussprache über die politische Lage fortgeführt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts nahm zu den Ausführungen der Mitglieder des Ausschusses mehrfach das Wort. Dabei wurden u. a. die Angaben der Presse über Verhandlungen mit Dänemark und angebliche Anknüpfungsversuche mit Amerika erörtert. Die Erklärungen, die der Staatssekretär hierzu abgab, wurden allgemein gebilligt.

Der Krieg auf den Meeren.

Ueber 200 000 Tonnen englischer Verlust.

Die Lloydsmeldungen haben seit dem 1. Februar, wie die „Kriegszeitung" aus Amsterdam mitteilt, insgesamt 200 281 Tonnen als verloren bekannt gegeben und zwar handelt es sich dabei lediglich um die englische Tonnage. Aber abgesehen davon, daß wir hier eine englische Aufrechnung erhalten, neben der uns die deutsche noch bis auf weiteres fehlen wird, so stimmt die Ziffer Lloyds schon insofern nicht, als sie nur Passagier- und Frachtschiffe einbezieht und Bewachungsfahrzeuge und Fischdampfer von der Berechnung ausscheidet.

Bern, 21. Februar. Die in der französischen Presse gestern und vorgestern veröffentlichten amtlichen Berichte über Schiffsversenkungen umfassen

36 823 Tonnen,

wobei die in der Liste aufgeführten beiden Neufundlandsegler Roses und Dorothy, der italienische Segler Ala und der englische Dampfer Yola (3504 Br.-R.-T.) in diese Tonnenzahl nicht eingerechnet sind.

Die französischen Behörden beabsichtigen, künftig täglich amtliche Berichte über Kriegsverluste herauszugeben und alle privaten Meldungen zu unterdrücken. In den Tagesberichten werden anscheinend nur Lloydsmeldungen aufgenommen.

•

Rotterdam, 20. Februar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der Parlamentssekretär der Admiralität McNamara sagte im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage, ob gewisse Schiffe, die als verloren gemeldet wurden, durch U-Boote versenkt worden seien, daß es nicht die Politik der Regierung sei, mitzuteilen, wie und ob Schiffe in den Grund gebohrt wurden. Beides würde für den Feind von Wert sein. Wenn ein Schiff versenkt oder beschädigt werde, so werde der Verlust den Reedern und Lloyds mitgeteilt. Wenn gemeldet würde, daß Schiffe von U-Booten versenkt worden seien, so geschehe das nicht auf Grund von amtlichen Berichten.

36 Schiffe von zwei U-Booten versenkt.

Nichtamtlich. **Berlin, 21. Februar. Zwei heute zurückgekehrte U-Boote haben 24 Dampfer, 3 Segler und 9 Fischerfahrzeuge versenkt. Unter anderem hatten geladen: Schiffe von 9100 Br.-R.-T. Kohlen, von 3000 Br.-R.-T. Eisenerz, von 3500 Br.-R.-T. Lebensmittel (etwa die Hälfte davon Butter und Margarine), von 2200 Br.-R.-T. Weizen und Heu, 1 Dampfer von 2700 Br.-R.-T. Kriegsmaterial nach Italien, von 400 Br.-R.-T. Zinn, von 800 Br.-R.-T. Stückgut, von 300 Br.-R.-T. Hufeisen. Ferner befand sich unter den versenkten Schiffen ein Tankdampfer von 7000 Br.-R.-T. Ein Geschütz wurde erbeutet.**

Versenkt.

London, 21. Februar. (Reutermeldung.) Der englische Segler Centurion (1828 Brutto-Registertonnen) wurde versenkt.

London, 21. Februar. Der englische Dampfer Brigade (425 Br.-R.-T.) ist versenkt worden.

England schließt fremde Lotsen aus.

London, 21. Februar. „London Gazette" teilt mit, daß bis auf weiteres nur britische und alliierte Schiffe Plymouth anlaufen dürfen. Die Admiralität hat verboten, daß fremde Lotsen in den Häfen und Territorialgewässern des Vereinigten Königreichs von Yarmouth bis St. Abbs Head tätig sind.

Spanische Reeder meiden die Sperrzone.

Madrid, 20. Februar. (Funkspruch vom Vertreter des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Reeder von Valencia haben beschlossen, die Sperrzone zu meiden und sobald als möglich den Schiffsverkehr mit neutralen Ländern aufzunehmen.

„Accion" meldet, daß die Schiffsbauer in Barcelona in ihrer Generalversammlung bei der Regierung **gegen das Vorgehen einiger Reeder** Einspruch erhoben, die beabsichtigten, **spanische Schiffe in das Sperrgebiet zu schicken** und dadurch der Unterseebootsgefahr auszusetzen.

Ein Gesetz Amerikas gegen Neutralitätsverletzer.

Washington, 23. Februar. Meldung des Reuterschen Bureaus. Eine Regierungsvorlage gegen Spionage ist vom Senat mit sechzig gegen zehn Stimmen angenommen. Sie sieht schwere Strafen für **Verschwörungen zur Verletzung der amerikanischen Neutralität** und Ausspähung in Sachen der Landesverteidigung vor. Die Vorlage beschäftigt sich auch mit den internierten Mannschaften und Seeleuten und enthält Strafmaßnahmen gegen Paßschwindel. Ein anderer Abschnitt ermächtigt den Präsidenten der Republik, **Munition und Schiffe**, die solche führen und die für den Feind einer Nation bestimmt sind, mit der die Vereinigten Staaten in Frieden leben, zu beschlagnahmen, zurückzuhalten und für verfallen zu erklären.

Schade, daß dieses Gesetz nicht längst besteht! Die Union hätte millionenfach Gelegenheit gehabt, es in den eigenen Grenzen gegen Neutralitätsverletzer und Munitionslieferanten für Feinde ihrer Freunde anzuwenden. Aber einstweilen bestände dazu ja immer noch die Möglichkeit.

Französische Besetzung Athens geplant?

Bern, 21. Februar. Der Athener Berichterstatter des „Corriere della Sera" drahtet, die Note der Ententegesandten beweise, daß die Lage noch nicht geklärt sei. Die griechische Regierung vermute, daß die zunehmende Verstimmung Frankreichs auf Machenschaften der Venezelisten zurückzuführen sei, die die Gesandten beeinflußten. Athener Blätter behaupteten, gewisse französische Kreise wollten die französische Regierung zur Besetzung Athens aus politischen Gründen veranlassen.

Ein Vorstoß der englischen Friedensfreunde.

Bonar Laws Antwort.

London, 21. Februar. Im Unterhause erörterten verschiedene Friedensfreunde die Unterredung, die kürzlich der englische Oberkommandierende General Haig mit Journalisten hatte.

Bonar Law setzte die Umstände auseinander, unter denen die Unterhaltung geführt worden war. Auf eine weitere Anfrage erklärte er, daß nach dem Armee-Reglement Offiziere über die militärische Lage nicht öffentlich sprechen dürften, jedoch, daß die Oberbefehlshaber von Armee und Marine von diesen Bestimmungen ausgenommen seien.

Snowden war mit dieser Antwort nicht zufrieden, hielt es jedoch nicht für erwünscht, die Sache weiter zu verhandeln. Das Haus stimmte ihm zu, verweigerte aber dem Pazifisten Outwik das Wort.

Darauf sprach Ponsonby über die in der Note der Alliierten an Wilson aufgestellten Friedensbedingungen. Der Redner setzte auseinander, daß die Bedingungen der Alliierten im Widerspruch ständen zu ihren Erklärungen, nicht auf Eroberungen auszugehen. Wir sind in den Krieg gegangen für die Beschirmung der kleinen Völker, wir setzen ihn aber fort zur Vergrößerung schon bestehender großer Reiche.

Zwei Winterbilder.

Von Alfons Petzold.

I.

In letzter Nacht hat der Mond mit seinem breiten, mordbleichen Stahlschwert das graue, furchtbare Nebeltier zu Tode verwundet. Dort in der Felsenmulde streckt es sterbend seine riesigen Glieder und speit seinen fliehenden, gelb-grauen, stinkenden Atem in das dunkelbärtige Gesicht eines Berges.

Der bleibt stumm und rührt in seiner steinernen Gleichgültigkeit nicht einmal die rote, nackte Porphyrnase. Er, in seinem tausendjährigen Erleben weiß:

Alles, was in Haß und ohnmächtiger Wut dahinstirbt, speit Gift und stinkt.

Die Luft ist eisigklar wie schon seit langem nicht; es ist, als strömten silberne Gebirgsquellen durch sie.

Die Sonne ist größer als sonst und ganz weiß im Geleuchte. Dann ist es auch, als lösen sich die Strahlen im Talraum zu kleinen Glimmerplättchen auf, die wie Miniaturfönchen in der Luft hängen bleiben.

Ihr Geflimmer ist von einer seltsamen Schärfe und tötet manchen Blick, der sich auf dem Weg zu einem sehr weit entfernten Gegenstand befindet.

Alle Töne sind schrill und grell an diesem Morgen, in allen springt ein nervöser hoher Diskant.

Und eine plötzlich erwachte Unruhe ist in allen Dingen.

Auf den Feldern sausen die Mäuse im rasenden Zickzack von einem Loch zum andern.

Die Eichkätzchen jagen wie Teufel durchs Gebüsch und lassen unablässig ihren Warnungspfiff ertönen.

Meisen, Amseln, Goldammer, Grünfinken und der sonst so würdige Specht sind ganz irrsinnig vor Angst und hüpfen und fliegen in blinder Ratlosigkeit herum.

Die scheue Krähe kommt dicht an die Fenster und krächzt bekümmert: „Krah, krah, wo ist mein Fra?"

Mein Hund liegt bei der Tür, faucht einer Katze gleich und knurrt erbost.

Und erst die Bäume und Sträucher.

Das ist ein furchtsam Geraune und geheimnisvolles Tuscheln, von der königlichen Tanne bis herab zum kriechenden Weißdorngerippe. Die turmhohen Fichten mit ihrer weitsichtigen Gipfelschau sind starr vor Schreck und nur ihre Stämme ächzen in der Qual des Festgebanntseins. Die Schar weißer Birkenprinzessinnen auf der Gartenwiese zittert in frierender Angst und rückt eng zusammen.

Da — wird es auf einmal düster. Eine ungeheure grauschwarze Wolke stülpt sich über das Tal. So wie ein Deckel über eine Schachtel. Und eine hörbare Stille ist eingetreten.

Kein Zweig raschelt, kein Baum ächzt.

Kein Flimmern ist mehr in der Luft, die wie ein durchsichtiger graugloſiger Stein ist.

Nur die in ihre Strohmäntel fest eingepackten Rosenstöcke leuchten daraus mit einem toten stumpfen Glanz zu mir empor.

Jetzt wirbelt plötzlich ein feiner, fahlsilberner Flaum vor den Blicken.

Dichter, immer dichter wird seine Masse.

Bald ist nichts mehr zu sehen wie dieses stete, monotone Fallen einer ungeheuren Flaummenge.

In ihrer Fülle erstickt jedes Leben.

Schnee gräbt das Tal ein. Die Menschen wünschen sich den Schlaf in die Seele.

II.

Hoch im Gebirge, auf moosigem Felsendivan, sitzt herrscherbreit und weisheitstief der Winter.

Seine einzige Tätigkeit zurzeit ist das Rauchen.

Gewaltige Wolken schmaucht er aus seinem Ulmerkopf ins Tal. Aus dem grauen Tabakqualm schaut nur, wie ein riesiger Storchenschnabel, der Kirchturm.

Der Fuhrknecht, der an mir vorbeistapft, schmunzelt mir vertraulich zu: „Wann nit a Wind kimmt, bal tats heunt no schnieben!"

„Schon möglich," schreie ich die Nebelwand an, die statt des Mannes wieder vor mir steht.

Der alte Pascha im Gebirge muß den ärgsten Schund — vielleicht bosnischen Kommißtabak — konsumieren, und zwar tonnenweise, denn der graue, feuchte Qualm wird immer dichter und zudringlicher, legt sich auf Brust und Nerven, so daß mir zumute ist, als befände ich mich in einem Mannschaftszimmer der Rennweger Kaserne in Wien.

Da — rutsch, rutsch, — reißt mir jemand den Hut vom Kopf und wirft den Deckel zum Gaudium meines Dackels in die Luft.

„Gemeinheit, Frechheit, dumme Witz . . ."

Ich bekomm einen Schlag auf den Mund und klitsch, klatsch saust es mir links und rechts um die Ohren.

Mein langer Mantelkragen ist's, der, auf einmal irrsinnig geworden, wie ein Windmühlenflügel um meinen Kopf kreist.

Eine starke, wilde Faust stößt mich in die Seite und schleudert mich an einen Baumstamm.

Ich sehe, wie die qualmige, dumpfige Wand, die mich umgeben hat, in tausend Fetzen zerrissen ist, die in einem mächtigen Raum herumflattern gleich scheuen Seemöwen zwischen Woge und Himmel. Rotgeziegelte Dächer, Hungergerippe einzeln stehender Bäume, getreidevolle schläfrige Scheuern, zeltförmige Heuschober, Ziegen, Kühe und zwei Kinder, die Kartoffeln suchend über ein Feld trippeln, füllen den Raum, dessen Wände dunkle Bergwälder sind. Und eine Ferne kommt meinen staunenden Blicken entgegen. Eine Ferne, von derselben starken Hand mir zugeschoben, die mich vorhin in die Seite puffte.

Die Atmosphäre schimmert in silberschleierndem Glanze.

Und stumpfsilbern blinkt die Fahrstraße, die sich hinauf ins Gebirge zieht.

Auf ihr jachtet einer dahin in wildem jauchzenden Ritt. Hinauf, hinein, dem letzten Gebirgsgrate zu.

Wenn er seine Reitpeitsche ausholt zum antreibenden Hiebe, pfeift es hohl durchs Tal.

Und die Bäume auf seinem Weg beugen sich tief.

Vor einer Minute noch war er hinter meinem Rücken. Jetzt ist er schon meilenweit.

Der Pascha Winter macht ein grämliches Gesicht, er paſft und paſft, aber die Pfeife ist ausgegangen.

Kam da ein junger Fant auf einem Apfelschimmel und blies ihm im Vorbeiritt in den Ulmerkopf.

Nun ist's aus und gar mit dem schönen Feuer und dem vielen weißen Qualm.

— — — — — — — — — — — — — — —

Der Fuhrknecht, der wieder an mir vorbeistapft, grinst: „Segns, gnä Herr, bal nit a Wind kima war, häts heunt no totsicha gschnieben."

Die deutsche Affenstation auf Teneriffa.

Zu den bemerkenswerten wissenschaftlichen Unternehmungen, die von deutschen Gelehrten ungeachtet des Krieges weitergefördert werden, gehört vor allem der Betrieb der Anthropoidenstation auf Teneriffa. Ist schon der Gedanke, in geeignetem tropischen Klima die hauptsächlichsten menschenähnlichen Affen, in einer Ansiedlung vereinigt, durch viele Jahre zu beobachten, wissenschaftlich organisatorisch kühn gedacht, so läßt sich unter den heutigen Zeitumständen überhaupt keine gegensätzlichere Tätigkeit denken als jenes stille, der Beobachtung geweihte Leben inmitten der Kanarischen Inseln. Freilich war auch der in den Krieg hineinragende Aufenthalt des Leiters der Station, Dr. Köhlers, nicht ganz freiwillig, da bei dem Versuche der Rückreise die Gefangennahme höchste Wahrscheinlichkeit für sich gehabt hätte. Der unfreiwillige Aufenthalt ist der Station sehr zugute gekommen. Der wissenschaftliche Gedankenaustausch mit der Heimat ist trotz aller Schwierigkeiten — man benützt den Weg über Holland und durch die Schweiz — so rege, daß Prof. Waldeyer-Hartz über die Tätigkeit der Station, die mannigfachen wissenschaftlichen Interessen anderer Länder, die sich an sie knüpfen, und über einige jetzt fertiggestellte Arbeiten in der Akademie der Wissenschaft eingehenden Bericht erstatten konnte. Das Affenmaterial hat während der Kriegsjahre manche Verschiebung erlitten, indem z. B. für einen eingegangenen Schimpansen von der niederländischen Regierung zwei in ihren indischen Kolonien eingefangene junge Orangs zur Verfügung gestellt wurden. Die eigentliche Absicht der Unternehmer ist, alle vier anthropoiden Arten, Schimpansen, Orangs, Gorillas, und Sibloons, neben einigen niederen Affenarten zu halten. Alle Heimatgegenden des Gorillas sind in Feindeshänden, weswegen auf diese Tiere vorerst verzichtet werden muß. Zwischen den Orangs und den Schimpansen konnten bereits erhebliche Unterschiede im tierpsychologischen Verhalten festgestellt werden. Besonderes Interesse beanspruchte die Frage, ob die „Sehdinge" von den Schimpansen nach Größe und Färbung genau so wahrgenommen werden wie von den Menschen. Die beiderseitige Anlage der Doppelaugen, durch die erst plastisches Sehen ermöglicht wird, und das charakteristische Verhalten beim ausschließlichen Gebrauche bloß eines Auges, gaben die nötige Unterlage für die schwierigen Forschungsprobleme, bei denen wir, soweit das Sehen der Affen in Frage kommt, ganz auf indirekte Methoden angewiesen sind. Die Versuche ließen aber nunmehr so objektive Feststellungen zu, daß der Satz aufgestellt werden darf, der Schimpanse muß nach allen drei Gesichtswahrnehmungen hin ebenso sehen wie wir. Unterdes auch angestellte Intelligenzprüfungen werden noch veröffentlicht werden.

Muskelkräftigende Nahrung.

Die Bewertung der Nahrungsmittel allein nach ihrem Gehalt an Eiweiß und Kalorien wird ihrer vielseitigen Wirkung und praktischen Nährkraft noch nicht gerecht. Die Nährsalze, Geschmackstoffe, Fermente, Vitamine und andere Ergänzungsstoffe spielen dabei eine Rolle, die von der Wissenschaft erst langsam gedeutet wird. Auf eine aufschlußreiche Erweiterung unseres Wissens in dieser Richtung macht Dr. H. Lorand in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" aufmerksam. Es wurde an Hühnern und Ratten experimentell einwandfrei festgestellt, daß eine zwar eiweiß- und kalorienreiche Kost, die aber arm an Kaliumverbindungen ist, nach einiger Zeit zu Lähmungen und nach allgemeinem Kräfteverfall zum Tode führen muß, daß aber andererseits dieser Ablauf durch rechtzeitige Verabreichung von Kalium unterbrochen und rückgängig gemacht werden kann. Bei der Untersuchung stellte sich eine starke Entartung der Nervensubstanz heraus. Im Zusammenhang mit dieser Erscheinung steht die Erfahrung, daß Vitaminen eine muskelkräftigende Wirkung eigen ist, die unter anderem in der unglaublichen Arbeitsausdauer des bulgarischen Bauern zum Ausdruck kommt, dessen Kost fast ausschließlich Gemüse, Schwarzbrot und Schafkäse darstellen. Beide Stoffe, Vitamin und die Kaliumverbindungen, finden sich glücklicherweise meist in denselben Nahrungsmitteln nebeneinander vor, so daß unschwer eine große Reihe muskelkräftigender Speisen zusammengestellt werden kann. Besonders gilt diese Hilfe für einen geschwächten Herzmuskel, der selbst auffallend reich an Kalium ist. Das instinktive Verlangen des Menschen nach Brot und Kartoffeln ist daher nicht allein auf den auch anders ersetzbaren Kohlehydrateanteil und den Eiweißreichtum zu setzen, sondern darf ruhig mit diesen Wirkungen, zu denen noch ein ungemein wichtiger Einfluß auf die Stoffwechselprozesse kommt, in Beziehung gebracht werden. Daraus wird verständlich, daß Fleischkost Muskelermüdung leichter als Brot- und Gemüsekost zuläßt, wie ja auch gerade bei Dauerbeanspruchungen, z. B. bei sportlichen Wettbewerben, Vegetarier häufig besser abschneiden als Fleischesser, was freilich nicht zur Propagierung vegetarischer Lebensweise hinreicht. Jedenfalls sieht man, daß genügende Vorräte an Getreide, Gemüse, Obst bei richtiger Zubereitung schon eine Aushungerung unmöglich machen.

Notizen.

— **Kahßler, künftiger Leiter der Volksbühne.** An Friedrich Kahßler ist von der Neuen freien Volksbühne der Antrag ergangen, vom Herbst 1918 ab die künstlerische Leitung ihres Hauses, des Theaters am Bülowplatz, zu übernehmen. Kahßler hat, wie der Vorstand der Volksbühne uns mitteilt, den Antrag angenommen; der Vertrag mit ihm ist bereits abgeschlossen. So wird nun Kahßler, ohne seinem schauspielerischen Berufe untreu zu werden, in kurzem seine reife und starke Kunstauffassung als Leiter eines großen Berliner Theaters völlig frei betätigen können. Die Volksbühne hat diesmal, bei der Entscheidung über ihr künftiges Schicksal, von jeder Wahl und Bewerbung abgesehen; unmittelbar ist sie an den Mann herangetreten, dessen künstlerische Ziele sie mit den ihrigen als völlig übereinstimmend erkannte. Aus dieser Wiederaufnahme eigener künstlerischer Arbeit unter Kahßlers Leitung schöpft die Volksbühne das Vertrauen, den rechten Weg zu dem Ziele gefunden zu haben, den sie bei Errichtung ihres Hauses am Bülowplatz im Auge hatte.

— **Grey u. Co. oder King Edwards unselige Erben** heißt das politische Puppenspiel, das das **Marionettentheater Münchener Künstler** jetzt spielt. So anregend der Versuch, aktuelle Geschichte im Puppentheater aufzuführen, sein mag — dieser ungewohnte Schritt ist noch nicht gelungen. Des vielseitigen „Jugend"-Mitarbeiters Ostinis Text bleibt im Fahrwasser des Witzblattes stecken und findet weder die Distanz von den Dingen, noch die rechte Form. Er wiederholt das hundertfach Gesagte und läßt den Kasperstil ungenutzt. Nur ein infernalischer Schlußakt mit seinem Ballett höllischer Geister wirkt eigenartig. — Die Figuren, die Olaf Gulbransson in Anlehnung an seine „Simplizissimus"-Typen schuf, verdienen uneingeschränktes Lob: sie sind kräftig-schlagend und vollendete plastische Karikaturen. Der Grey mit seiner nur aus Mund, Nase und Ohren zusammengesetzten Grimasse und den großen, ewig beredten Händen, der kleine zappelige Delcassé, Lloyd George als wilder Mann mit unsagbarer Klappe prägen sich unverrückbar ein, und auch die höllischen Herrschaften, darunter der Gott Mammon und der Lügenteufel, sind recht gelungen. —r.

— **Otto Hettner,** ein bekanntes Mitglied der Berliner Sezession, von dem man in den letzten Jahren große Wandgemäldeentwürfe sah, hat einen Ruf an die Dresdner Kunstakademie erhalten.

— **Die große Berliner Kunstausstellung** wird voraussichtlich dieses Jahr, da der Glaspalast Lazarettzwecken dient, in den Ausstellungshallen am Zoo stattfinden. — Auch die beiden Sezessionen planen Sommerausstellungen.

24]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

Wie zwei wilde Tiere standen sich die beiden Männer gegenüber. Schließlich überwand Tagejew seine Wut und ließ die Vernunft entscheiden.

„Was wird also geschehen?" fragte er.

„Sie meinen, man solle ihn an die Grenze schaffen?"

„Ja, auf meine Verantwortung. Lassen Sie ihn morgen in die Kanzlei kommen, machen Sie ihm den Standpunkt klar und bringen Sie ihn sofort ins Hotel und von dort zur Bahn. Laden Sie ihn um eine solche Stunde vor, daß ihm keine Zeit bleibt, sich zu verabschieden oder mit jemand zu beraten. Ist er dann erst über die Grenze, so wird ein solcher Bericht über ihn gemacht, daß er nie wieder die Grenze passieren darf. Ich werde den Bericht persönlich vorlegen. Sprechen Sie mit ihm ein wenig, aber streng. Es ist besser, daß er mich in der Kanzlei gar nicht sieht, nur Euch! Das ist offizieller!"

Markowski neigte den Kopf.

„Wenn Sie die Verantwortung übernehmen . . ."

„Die übernehme ich."

Er sprach trotzig und handelte wie ein Mensch, der das Haupt vor der Gefahr verbarg und glaubte, auf diese Weise schon gesichert zu sein. Er fühlte nicht, daß dieses Fortschaffen des Klitzki über die russische Grenze eine solche Straußpolitik bedeutete. In seinem Eifer begriff er nicht einmal, daß er auf diese Weise die Sache eigentlich nur verderben könnte.

„Mit Horski werde ich mir schon Rat schaffen!" sagte er mit ruhiger Stimme. „Ein paar Schikanen werden ihn geschmeidiger machen. Am besten wäre es, wenn einer von unseren Leuten in seinen Keller eindringt und ihn bestiehlt. Dann wird er so viel mit sich zu tun haben, daß er die Lust verlieren wird, sich mit meiner Person zu beschäftigten und Versammlungen einzuberufen. Die gestohlene Ware könnte zu Frumele gebracht und ihm dann teilweise zurückgegeben werden. Auf diese Weise stopft man ihm das Maul."

Er blickte auf die Uhr.

Es war elf. Er wollte sich rasieren und schön machen, aber Markowski saß wie angegossen da.

„Haben Sie noch etwas zu melden?" fragte er ungeduldig.

„Ja, es ist mir zu Gehör gekommen, daß man im Gouvernement von selbst ein Auge auf Sie geworfen hat. Die Gendarmerie schnüffelt in der Stadt herum. Das ist wichtig. Man muß dafür sorgen, daß sie sich beruhigt."

Tagejew geriet eigentümlicherweise nicht in Wut.

„Ich habe auch schon davon gehört, Sergej Iwanowitsch. Aber ich habe ein Mittel gegen sie. Nicht wir werden tanzen, sondern sie."

„Wieso?"

„Ich weiß, daß sie seit einem Jahr nach einer politischen Propaganda fahnden. Aber es gelingt ihnen nicht. Die Halunken haben die Witterung verloren. Ich werde ihnen einen Schabernack spielen, etwas von der Propaganda abfangen und im selben Augenblick nach Petersburg berichten, daß im Gouvernement polnisch-patriotische Agitationen vollzogen werden und sie, die Büffel, nichts sehen. Den Bericht werde ich aber nicht abschicken, sondern der Gendarmeriebehörde davon Mitteilung machen und sie im Zaume halten. Ich werde einen Beweis in Händen haben, während sie nichts gegen mich unternehmen können. Aber dem Klitzki muß der Hals gebrochen werden."

Er war so froh über seinen diplomatischen Geist, daß seine kleinen Augen blitzten und der Schnurrbart emporragte.

„Was meinen Sie dazu?"

Markowski erhob sich vom Stuhl.

„Es muß also eine Propagandaschrift abgefaßt werden."

„Ich werde schon dahinter sein . . . Ich habe sogar einen gewissen Verdacht . . . und endlich werden uns die Heiligen beistehen."

Er wandte sich nach der Seite, wo vor dem Heiligenbild wieder das kleine Lämpchen brannte.

„Ja, aber es ist immerhin besser, auf der Hut zu sein," wiederholte Markowski.

„O, der Mutige hat immer Glück! Ich finde, Sie sind ängstlich geworden, Sergej Iwanowitsch . . . Aber jetzt gehen Sie mit Gott! Ich will heute zum Stelldichein . . . fürwahr!"

Er begann gutmütig zu lächeln und zeigte dabei seine Backzähne. Markowski hielt es für angebracht, mitzulachen.

„Ich gratuliere, ich gratuliere," sagte er, indem er sich nach dem Vorzimmer begab.

„Na ja, was ist zu tun, die Dame läßt bitten, da darf ich doch nicht absagen."

Markowski, der schon im Vorzimmer war, schnitt eine Grimasse. Wußte er doch, wer diese „Dame" war, und auf welche Weise er gebeten wurde.

„Verspäten Sie sich nur nicht!" sagte er mit erheuchelt freundlicher Stimme.

„Ich werde mich beeilen . . . aber sie kann ruhig warten. Eine Frau ist um so williger, je länger sie leidet."

Sie lachten laut und schienen fröhlich und zufrieden, obgleich an jedem von ihnen eine Unruhe und die Unsicherheit des Morgens nagte.

„Nun, auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen!"

„Viel Vergnügen!"

„Und morgen kommt Klitzki dran . . . Vergessen Sie nicht! In der Kanzlei und zur Bahn!"

Markowski ging hinaus und spuckte vor der Tür aus.

„So ein Affe!" brummte er.

— — — — — — — — — — — — — — —

Als die Tür sich hinter Markowski geschlossen hatte, spuckte auch Tagejew aus und sprach verächtlich:

„Sibirischer Schweinehund!" indem er eine Anspielung auf die sibirische Herkunft seines Gehilfen machte.

Dann kehrte er in den Salon zurück, rief Katjuscha, ließ sich warmes Wasser, das Rasierzeug, Puder und Kölnisches Wasser geben, und indem er vor dem Spiegel unzählige Affengesichter schnitt, begann er sich für jenes Stelldichein mit der unglücklichen Konzertsängerin schön zu machen.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Dantons Tod.**

Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Weh dem, der lügt!**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. O. Meinhard — R. Bernauer.
7½ Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7½ Uhr: **Die verlorene Tochter.**

Berliner Theater
7½ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: **Charlotte Stieglitz.**
Freitag: **Baumeister Solneß.**

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr: **Dr. Hauser:**
Der Mensch vor hunderttausend Jahren.

Theater für Donnerstag, 22. Februar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Carmen.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ Uhr zum 375. Male:
Das Dreimäderlhaus.

Gebr. Herrnfeld-Theater
7½ U.: **Der Stolz der Familie**

Kleines Theater
8 Uhr: **Am Teetisch.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Der Puszta-Kavalier.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**
Sonntag ½3 Uhr: **Die Kaiserin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ Uhr: **Will und Wiebke.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ Uhr: **Götz von Berlichingen.**

Thalia-Theater.
7½ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: **Kaiser Heinrich.**
7½ U.: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück** mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
7½ U.: **Willis Hochzeitstag.**

Viktoria-Theater
(Sanssouci) Kottbuser Str. 6.
Telephon: Moritzpl. 14814.
Hochbahn-Haltestelle: Kottbuser Tor.

HAGENBECK
Tägl. Abendvorstellung um 7½ Uhr
Wochentags nachm. Vorzugspreise
Mittwochs, Sonnabends, Sonntags je 2 Vorstellung., um 3½ und 7½ Uhr.
Vorverkauf: Hagenbeckkasse, Kottbuser Straße 6, und Wertheim.

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet" und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Wasserdichte Mäntel
Kostüme, Röcke, Wintermäntel
neueste Formen — beste Stoffe
gibt an Private 1212*
Damenmäntelfabrik Bilski,
Kronenstr. 30. Hof. Dönhoffplatz.

Glühpunsch
Liter 2,00 M.
1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas Warmes stellt sich auf 5 Pf.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
Es wird höfl. gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen
H. Krömer,
Berlin N, Oranienburger Str. 66.
2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Straße 109.
3. Verkaufsstelle: Andreasstraße 78.

CARDINAL
ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken
FOVEAUX
RAUCHTABAKE überall erhältlich

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen
100 Zig. Kleinverkauf 1,0 Pfg. 1,00
100 „ „ 3 „ 2,80
100 „ „ 3 „ 2,50
100 „ „ 4,2 „ 3,20
100 „ „ 6,2 „ 4,50
Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.
Zigarren prima Qualitäten, von 100,— b. 200,— M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 80.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Königstr. 34-36. Ecke Neue Friedrichstr.
Spr. 10—1 u. 3—8, Sonnt. 10—1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Möbel
in allen Preislagen
1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen empfiehlt in mod. Ausführg.
Julius Apelt, Tischlermst.
Berlin SO., Adalbertstr. 6. [*
Hochbahnstat. Kottbuser Tor.

Circus **Busch**
Koloss. Erfolg u. volle Häuser erzielt die neue Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.
Besonders beachtenswert: Der Sturzwasserfall. Menschen und Tiere 20 Min. unter Wasser. Trocknen Fußes entsteigen dieselben dem nassen Element. Das Nixenballett im wellenbewegten Wasser der Arena.
Vorh. das gr. Zirkusprogramm.
Billetts im Ververk. entnehmen!

Zirkus A. Schumann
Der Zirkus ist gut geheizt. Heute u. täglich abds. 7½ Uhr (Einlaß 7 Uhr):
Das große glänzende Zirkusprogramm und die großartig inszenierte Ausst.-Pantomime
Die Seeräuber
m. d. prächt. u. märchenhaften **Prunkfest.**
Jed. Sonntag 2 gr. Vorstellungen, 3 Uhr u. 7½ Uhr.
Nachmittags **1 Kind frei.**
Billetts ab Freitag an der Zirkuskasse zu haben.

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Anfang ½8 Uhr.
Neues Februarprogramm.
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse i. 8 Bildern.
Stürmische Heiterkeit!
Prachtv. Kostüme u. Dekorationen.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

National-Theater Köpenicker Straße 68.
Stürmischer Erfolg!
Studentenliebchen.
Operette in 3 Akt. Musik v. Bromme.
Anweisung auf 1—4 Billette:
Parkett-Sessel 1,— / Orchester-Sessel 1,50 wochentags.

WINTER GARTEN
Lillebils Hochzeitsreise
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Inszenierung von
Max Reinhardt.
Hauptdarsteller:
Hans Wassmann
Lillebil Christensen, Karita Sterna, Ernst Matray.
Hierzu das
gr. Varieté-Programm.

Voigt-Theater.
Badstr. 56. Badstr. 56.
Täglich abends 7½ Uhr:
Der Sohn der Wildnis.
Mittwoch, den 28. Februar:
Benefiz für Dita Rosen:
Der Stabstrompeter.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Trotz des großen Erfolges nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
Vorher 7½ Uhr **bunter Teil.**
Anfang des Stückes 8½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: **Die Sache klappt.**

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Palast
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Der effektvolle Telefonscherz:
„Hallo, wer dort?"
Dazu: Berl. Typen m. R. Steidl und Anna Müller-Lancke u. d. **neue Febr.-Progr.**

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: **Großer vaterländischer Unterhaltungsabend,** veranstaltet vom Verein ehem. 1. Garde-Dragoner, E. V.

Verkäufe

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Im Versatz gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Mantelgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse, Sommerpelze. Silberne Uhren 5.—, goldene Damenuhren 8.—, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. *

Lippmann, Otto. Hilfsbuch für die Dreherei mit 262 Abbildungen. Gebunden Mark 3,40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Hesses Volksbücherei. Soweit Vorrat jede Nummer broschiert statt 20 Pf. nur 10 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbiebierhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleisern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Universal-Briefsteller 3,50 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Möbel

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58 Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Küchenmöbel. Größte Auswahl, niedrigste Preise. Besichtigung 8—8, Sonntag 12—2. Eventuell Zahlungserleichterung. 38*

Vornehmes, elegantes Herrenzimmer, beste Tischlerarbeit, mit sehr reicher Schnitzerei und Kristallverglasung billig abzugeben. Berliner Möbelhaus, Stalitzerstraße 25. Hochbahn Kottbuserstor.

100!!! entzückende farbige Küchen sind ausgestellt. Konkurrenzlose billigste Preise. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30.

Kaufgesuche

Leinölfirnis sowie Standöl, Copal, Ceresin, Paraffin kauft höchstzahlend, selbst kleinste Mengen. Farbenindustrie Borbagener Straße 24a, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Lacke jeder Art, auch Emaillelacke, kauft, selbst kleinste Mengen, Farbenindustrie Borbagener Straße 24a, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Leinölfirnis, Kopal, Harz, Kolophonium, Bienenwachs, Leim, Schellack, Borax, Ceresin, Paraffin, Dellacke, Emaillelacke, Terpentinersatz kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Theaterstraße 6. Königstadt 3358. *

Spermetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, außerdem laufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Schmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). *

Platinabfälle! Gramm bis 7,70. Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Platinankauf, Gramm bis 7,60, ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu gesetzlichen Preisen. Metallkontor Rohn, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Kottbuserstraße 1 (Kottbuserstor). Moritzplatz 12858, Firma genau beachten.

Sektkorken 24 Pfennig, Weinkorken bis 4 Pfennig, aller Art, Schaumplatten, Walzen, jeden Posten, kauft höchstzahlend Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. *

Werkzeuge, gebrauchte und neue, Treibriemen, Spiralbohrer, Fräser, Werkzeugmaschinen, Abreißmagnete kauft laufend für eigenen Betrieb Heinrich Brieß, Stallschreiberstraße 59 und Beusselstraße 5, Laden. Telephon Moabit 2398. *

Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) kauft Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Oberkellner. Kellner erhalten für Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. 13/4*

Kellermeister erhalten für Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Film-, Zelluloid-Abfälle kauft Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 688*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Rohrleger f. Bauarbeit verlangt Schälhorn, Chbg., Spandauer Str. 90.

Tüchtiger Rahmentischler sofort gesucht für Dauerstellung. Sehr guter Arbeiter mit langjährigen Erfahrungen in einer Rahmenfabrik. Wohlgemuth u. Litzner, Kunstverlag, Wilhelmstraße 106. 1911b

Verkäuferinnen, tüchtige, für Kurzwaren, Leinen- und Baumwollwaren, Kaptiserie, Unterwäsche, Weißwaren und Wollwaren, sofort gesucht. Meldungen von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Mamsells auf Paletots und Kostümjacken verlangt Familier, Brunnenstraße 70 II. †*

Zeitungsfrauen verlangt sofort Spedition Greifenhagenerstraße 22. *

Junge Mädchen für leichte, dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zigarettenfabrik Garbaty, Pankow, Hadlichstraße. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Markgrafenstraße 36. *

Zeitungsfrauen für Hermsdorf und Waidmannslust sucht Kienalt, Borsigwalde, Räuschstraße 10. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Berberstraße. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Bauwächter
möglichst mit scharfem Hund, werden sofort eingestellt. 1910b
Held & Francke, Akt.-Ges., Berlin SO. 16.
Am Kölnischen Park 1.

Kutscher
zuverlässigen, und jüngere
Arbeitsburschen
verlangt **Albert Spiesicke,** Alexandrinenstr. 25. 1914b

Maurer und Arbeiter
werden für lohnende, dauernde Arbeit, Baustellen Spandau, Döberitz, Siemensstadt und Lichtenberg, sofort gesucht. 1917b
Zu melden Amt Lützow 1656.
Hugo A. Singer (Brüß-Bände), Berlin-Schöneberg, Genesistraße 4.

Tüchtige erfahrene
Monteure
für unsere Automobil-Reparatur-Werkstätte gesucht.
Dürkoppwerke A.-G.,
Berlin NW. 6.
Schiffbauerdamm 35/37.

Kräftige Arbeiter und Urlauber
werden eingestellt für Alteisenplatz. *
Schweitzer & Oppler,
Lichtenberg, Rittergutstr. 108/109.

Rohrleger
für Gas und Wasser sofort gesucht.
R. Pohley, Köpenicker Str. 116.

Laufburschen,
ehrlich und flink, sucht für sofort
C. Lewin, Berlin NW,
Invalidenstr. 50/51. 2

Werkzeugdreher Maschinenschlosser und Metalldreher
stellt ein **Auergesellschaft.**
Zu melden Einstellbureau, Ehrenbergstraße.

Belegerinnen
verlangt Goldleistenfabrik Albert Spiesicke, Alexandrinenstr. 25.

Löterinnen,
welche bereits auf Gasmesser gearbeitet haben, gesucht. Zu melden
Dewitt & Herz,
Georgenkirchstr. 24. *

Geprüfter Heizer
wird verlangt.
Rich. Klinger, Berlin, G. m. b. H., Berlin-Tempelhof,
Saalburgstraße.

Jüngere Frau
sauber und ordentlich, zum Reinmachen eines Geschäftslokals für die Zeit von 8 bis 2 Uhr gesucht.
Dieselbe muß auch einige Botengänge mit verrichten. Zu melden von 2 bis 4 Uhr Rungestr. 30, Quergeb. I Tr. rechts.

Als **Kohlenarbeiter** für unsere Zentralen **Oberspree** (Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße) und **Rummelsburg** (Köpenicker Landstraße neben Rodelshof) suchen wir sofort

je 50 geeignete Arbeitskräfte.

Meldungen an die städtischen Kohlenverwaltungen.

Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin.

Fleißige Frauen,
möglichst aus der Produktenbranche, finden sofort dauernde Beschäftigung bei
C. Lewin, Berlin NW,
Invalidenstr. 50/51. 2

Trevelyan erklärte, er sei in keiner Weise überzeugt, daß die Kämpfe im Frühjahr eine Veränderung der Lage herbeiführen könnten. Die optimistischen Prophezeiungen für die Offensiven hätten immer ein ganz anderes Ergebnis gezeitigt; wahrscheinlich werde der Krieg durch Remis beendet werden, wenn nicht die Deutschen in Petersburg und Paris oder die Alliierten in Berlin und Wien einmarschierten. Aber weder das eine noch das andere würde eintreten.

Bonar Law erklärte, er könne die Beweggründe der Reden nicht einsehen, die von den Pazifisten gehalten wurden, und dann erging er sich in den bekannten Redewendungen der Ententevertreter: Wir haben zwar gewollt, aber Deutschland nicht. Dabei sagte er nach dem Reuterbericht: „Unsere Friedensbedingungen, die ich nicht für weitgehend halte". Und im weiteren Verlauf seiner Bemühungen, England im Unschuldskleide auszumalen, verstieg er sich zu dem Satz: „Wir kämpfen nicht für Gebietszuwachs." Bonar Law will nur die „Militärkaste", nämlich die deutsche, bestrafen, sonst nichts!

Von der Westfront.

Berlin, 21. Februar. (W. T. B.) Die Westfront steht bei unsichtigem regnerischem Wetter noch immer im Zeichen von Artillerie- und Vorfeldkämpfen. Die Engländer haben trotz aller Bemühungen an der Ancre seit Neujahr nur ein unbedeutendes Grabenstück, das größtenteils planmäßig geräumt wurde, besetzen können. Es ist noch nicht einmal das Doppelte des deutschen Gewinnes eines einzigen Tages, des Vorstoßes auf die Höhe 185, südlich Rivont, der Gelände von 2600 Meter Breite und 800 Meter Tiefe einbrachte. Die Beute hat sich hier auf 30 Maschinengewehre, 22 Schnellfeuergewehre, 1 schweren und 2 leichte Minenwerfer erhöht. An der Ancre ist es wieder stiller geworden. Dagegen griffen die Franzosen mit Erkundungsabteilungen aus dem Raume Remieres-Wald westlich Flirey die deutschen Stellungen an. In der Hauptsache brachen die Angriffe vor den deutschen Stellungen zusammen; einzelne Abteilungen kamen an der Bahn Thiaucourt-Bernecourt in die deutschen Gräben, wurden aber durch sofortigen Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Ebenso wurden starke englische Erkundungsabteilungen, die nach Sprengungsversuchen beiderseits der Bahn Ypern-Comines vorgingen, durch das deutsche Sperrfeuer schnell zum Stehen gebracht. Auch hier gelangten nur kleine Teile südlich der Bahn in die deutschen Gräben, die, durch Gegenstoß wieder geworfen, unter Zurücklassung von Gefangenen flüchten mußten. Bezeichnend ist, daß die hier gefangenen unverwundeten Engländer infolge völliger Trunkenheit vernehmungsunfähig waren.

Die Revolution auf Kuba.

Basel, 21. Februar. („Frank. Ztg.") Havas meldet aus Havre: Der Konsul von Kuba dementiert die Nachricht, daß die revolutionäre Bewegung auf Kuba deutschem Einfluß zuzuschreiben sei, der dahin gehe, den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten zu bereiten. Sie sei vielmehr **auf die Präsidentenwahlen vom 1. November 1916 zurückzuführen**, deren endgültiges Ergebnis noch unbekannt ist. Das höchste Gericht des Landes beschloß, einige Neuwahlen in zwei Provinzen ausführen zu lassen.

Der „Herald" vernimmt, die kubanischen Liberalen, die in New York wohnen, teilten mit, daß die beiden Brüder des Präsidenten Menocal in Palmas Sonario gefangengenommen wurden. Die Vereinigten Staaten verbieten die Absendung von Anweisungen und von Schecks nach Kuba, ausgenommen nach Havanna. Präsident Menocal selbst teilt dem „Herald" mit, daß er **völlig Herr der Lage** auf Kuba sei. Die Revolution werde rasch unterdrückt sein. Er schiebt die Bewegung General Gomez zu, der sich mit unzufriedenen Elementen der liberalen Partei, die nicht auf das Ergebnis der Wahlen vom 14. Februar warten wollten, vereinigt hat.

Carranzas Vorschlag auf Einstellung der Munitionsausfuhr.

Washington, 20. Februar. (Reutermeldung.) Staatssekretär Lansing hat die Note des Präsidenten von Mexiko Carranza, der die Einstellung der Munitionsausfuhr von Amerika zu den Kriegführenden vorgeschlagen hatte, durch die bloße Bestätigung des Empfanges der Mitteilung beantwortet.

Politische Uebersicht.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkonvent des Reichstags hat in seiner Mittwochsitzung sich über die Geschäftsführung in den nächsten Tagen wie folgt geeinigt: Am Donnerstag bleibt es bei der festgestellten kleinen Tagesordnung. Am Freitag wird der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Graf von Roedern, in einer Rede den Etat, die Steuern und die Kreditvorlage begründen. Im Anschluß daran wird dann der Reichstag zunächst die Kreditvorlage erledigen. Am Dienstag wird die Beratung des Etats und der Steuern fortgesetzt. Zur Einleitung wird der Reichskanzler sprechen. Weiter . . der Seniorenkonvent beschlossen, daß die Steuervorlagen der Budgetkommission überwiesen werden.

Zur Erörterung der Ernährungsfragen soll ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden, der in der Donnerstagsitzung von allen Parteien des Hauses beantragt wird.

Abgeordnetenhaus.

Die Generaldebatte zum Handelsetat bot am Mittwoch den Bell, Fuhrmann und ihren Gesinnungsgenossen die erwünschte Gelegenheit, von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses heraus ihre annexionistischen Pläne zu propagieren. Die Abfertigung, die Genosse Hue am Tage vorher Herrn Dr. Beumer hatte zuteil werden lassen, rief zunächst den Zentrumsabgeordneten Dr. Bell aus Essen auf den Plan, der die Schwerindustrie gegen den Vorwurf in Schutz nahm, als ob sie aus einem Sonderinteresse heraus Annexionen fordere, im weiteren Verlauf seiner Rede aber Kriegsziele enthüllte, wie sie vor zwei Jahren von den bekannten Wirtschaftsverbänden propagiert sind, wie sie aber heute selbst von dieser Seite nicht mehr aufrechterhalten werden dürften. Besonders hat es Genosse Scheidemann dem Zentrumsredner angetan; er verargt es ihm, daß er im Lande herumreist und als sein Programm verkündet, was französisch ist, soll französisch bleiben, was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Sein Stolz als Deutscher lehnt sich gegen eine solche Auffassung auf. Wenn Herr Bell, was wir doch wohl voraussetzen dürfen, sich der Tragweite seiner Worte bewußt ist, dann muß er sich sagen, daß seine Rede uns dem Frieden nicht näher gebracht, sondern im Gegenteil im Ausland gegen uns ausgebeutet werden wird.

In noch höherem Grade trifft das zu auf die Rede des Nationalliberalen Fuhrmann, der die Annexion von Kurland und Belgien und der Erzbecken von Longwy und Briey forderte und die kühne Behauptung aufstellte, daß ein Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Longwy und Briey zurückkommt, und ohne daß Belgien in unserer Hand bleibt und die flandrische Küste dem englischen Machtbereich entzogen ist und die Maaslinie unseren Interessen gerecht wird, in der Geschichte als Totengräber deutscher Macht dastehen würde. Obwohl Fuhrmann es als eine Beleidigung des Kanzlers bezeichnete, daß Scheidemann den Eindruck zu erwecken suche, als stehe Herr v. Bethmann Hollweg in der Friedensfrage auf seinem Standpunkt, merkte man ihm doch den Aerger darüber an, daß der deutsche Reichskanzler sich nicht zum Programm der Alldeutschen bekennt. Inwieweit Fuhrmann ein Recht hat, sich für seine Auffassung auf sozialdemokratische Redner und Schriftsteller zu berufen, bleibe dahingestellt. Er arbeitete nach der berüchtigten Zitiermethode, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen, wobei wir ihm mindestens in einem Falle eine Verfälschung der wirklichen Ansicht des Verfassers nachweisen könnten.

Charakteristisch ist es, daß das Abgeordnetenhaus unmittelbar nach Herrn Fuhrmann die Debatte schloß und so den Anschein erweckte, als ob abweichende Ansichten im preußischen Landtage nicht vorhanden sind. Der Sache des Friedens hat er durch dies Manöver nicht gedient.

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung von Mittelstandsfragen zu, wurde aber nach kurzer Zeit vertagt.

Ein Antrag Scheidemann-Ledebour! Die sozialdemokratische Fraktion und die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft haben im Reichstag einen gemeinsamen Antrag auf Einsetzung eines 28gliedrigen Ausschusses zur Beratung der Ernährungsfragen eingebracht. Es gibt also doch eine Möglichkeit des Zusammenarbeitens! Ergänzend muß aber hinzugefügt werden, daß der Antrag auch von allen bürgerlichen Parteien mitunterzeichnet ist. Die beiden Fraktionen können also nur dann gemeinsam vorgehen, wenn — Graf Westarp als vermittelndes Glied eintritt.

Kein merkwürdiger Vortrag, aber ein merkwürdiger Bericht.

In der „Deutschen Tageszeitung" vom 17. d. M. erschien ein Bericht über einen Vortrag des Herrn Dr. Siegmund-Schulze, der verschiedene ganz sinnlos unrichtige Behauptungen gegen die Sozialdemokratie enthielt. Nachdem wir den Unsinn pflichtgemäß richtiggestellt hatten, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Siegmund-Schulze von alledem, was ihm die „Deutsche Tageszeitung" unterschiebt, nichts gesagt hat, so daß seine Ausführungen ungefähr die entgegengesetzte Tendenz hatten! Dadurch wird all das, was wir gegen Herrn Siegmund-Schulze — in ungerechtfertigtem Vertrauen zu dem vorliegenden Bericht — persönlich ausgeführt hatten, gegenstandslos. Uns bleibt nur noch übrig, das Treiben einer „Berichterstattung" öffentlich zu brandmarken, die verleumderische Behauptungen in Form eines gefälschten Berichts in die Oeffentlichkeit schleudert, und festzustellen, daß das, was in der „Deutschen Tageszeitung" stand, doppelt gelogen war: erstens, weil sachlich kein Wort davon wahr war, und zweitens, weil die Lügen einem Manne in den Mund gelegt wurden, der an ihnen unschuldig ist.

Kleine Kampfvorgänge bei Ypern und La Bassée — Französische Teilangriffe bei Flirey — Englische Vorstöße zwischen Vardar und Doiran-See.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Trübes Wetter und Regen hielten die Kampftätigkeit in mäßigen Grenzen.

Südöstlich von Ypern und beiderseits des Kanals von La Bassée schlugen Erkundungsvorstöße der Engländer, bei Flirey zwischen Maas und Mosel Teilangriffe der Franzosen fehl.

Bei Wegnahme des Stützpunktes südlich von Le Transloy am 19. 2. sind 2 Offiziere und 36 Engländer gefangen, 5 Maschinengewehre erbeutet worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Frontabschnitten, vornehmlich in den Waldkarpathen und beiderseits des Ojtoz-Tales Artilleriefeuer und Vorfeldgefechte.

Mazedonische Front.

Lebhaftem Feuer zwischen Vardar und Doiran-See folgten abends Vorstöße englischer Abteilungen, die abgewiesen wurden.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 21. Februar. Abends.

Auf den Kriegsschauplätzen keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Februar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf an der küstenländischen Front war nachmittags wieder recht lebhaft. Nachts warf ein feindliches Luftfahrzeug auf unsere Karststellungen und auf einige Ortschaften ohne jede Wirkung Bomben ab. Im Judicarien-Abschnitte holte unser Maschinengewehrfeuer ein italienisches Flugzeug östlich vom Monte Cadria herunter. Der Führer ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Letzte Nachrichten.

Die amerikanischen Kriegsgefangenen auf der Yarrowdale sind freigelassen.

Berlin, 21. Februar. Wie wir erfahren, sind die an Bord der Yarrowdale" nach Deutschland eingebrachten amerikanischen Mitglieder der Besatzungen aufgebrachter bewaffneter feindlicher Handelsschiffe freigelassen worden. Obwohl nach Lage der Sache die Amerikaner als Kriegsgefangene behandelt werden konnten, hatte man ihre ausnahmsweise Freilassung schon vor längerer Zeit beschlossen, da sie beim Antritt ihrer Reise nicht wußten, daß sie in Deutschland als Besatzung eines feindlichen bewaffneten Handelsschiffes als Kriegsgefangene behandelt werden würden. Die nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hier eingetroffenen Nachrichten aus Amerika über die Beschlagnahme deutscher Schiffe und die Internierung der deutschen Besatzungen ließen es jedoch ratsam erscheinen, bis zu einer amtlichen amerikanischen Mitteilung über den wirklichen Sachverhalt, die Leute nicht freizugeben. Dies ist nunmehr geschehen, nachdem auf amtlichem Wege die Mitteilung hierher gelangt ist, daß die deutschen Schiffe in Amerika nicht beschlagnahmt und ihre Besatzungen nicht interniert sind.

Protestkundgebung des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Oesterreich.

Wien, 21. Februar. („Frkf. Ztg.") Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten protestiert gegen die Fortdauer des verfassungslosen Zustandes und gegen die Verschleppung der Einberufung des Parlaments in einer Entschließung, die heute von der „Arbeiterzeitung" mit einigen Zensurstrichen veröffentlicht wird.

Starker Widerstand gegen Wilsons Kriegspolitik.

Bern, 21. Februar. Der Sonderberichterstatter des „Matin" in New York kabelt, daß es seit dem Abbruch der Beziehungen mit Deutschland keine Parteien mehr in Amerika gäbe, sondern nur noch Ententefreunde und Vierbundsfreunde. **Drei Viertel der republikanischen Partei sei augenblicklich die feste Stütze Wilsons, dagegen sei die Hälfte der demokratischen Partei zur Opposition übergegangen.** In dieser Hinsicht werde die Abstimmung im Kongreß ein merkwürdiges Bild ergeben, jedoch werde Wilson voraussichtlich die Mehrheit haben. Bezüglich der von Wilson vom Kongresse verlangten Maßnahmen werde außer der Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe auch die Begleitung der Handelsschiffe durch die amerikanische Kriegsflotte sowie ein neuer **Kredit von drei Milliarden Franken für die Kriegsmarine** gefordert werden. Ferner werde wahrscheinlich auch verlangt werden, daß die amerikanischen Häfen den Kriegsschiffen der Alliierten zur Begleitung amerikanischer Schiffe geöffnet werden.

Wilsons Vollmachten.

New York, 21. Februar. („Frkf. Ztg.") **Die Annahme, daß Präsident Wilson den Kongreß um größere Vollmachten ersuchen werde, wird bestritten, denn Wilson glaube, alle nötigen Vollmachten bereits zu besitzen, wie er sie schon bei der Besetzung von Veracruz angewandt habe.**

Schwedische Parlamentskrise.

Stockholm, 21. Februar. Laut „Stockholms Dagblad" hat der Ausschuß für die zur Wahrung der Neutralität nötigen Maßregeln, die von der Regierung geforderten **30 Millionen auf 10 Millionen herabgedrückt.** Die konservative Minderheit im Ausschuß hat gegen diesen Beschluß der liberalen und sozialdemokratischen Mehrheit Verwahrung eingelegt. Die Frage wird am nächsten Sonnabend im Reichstag besprochen werden.

Versenkt.

London, 21. Februar. **Der englische Dampfer Brigade (425 Br.-Reg.-T.) ist versenkt worden.**

Holland gegen Schmuggelhandel.

Haag, 21. Februar. **Die Erste Kammer hat die Gesetzesvorlage zur ernstlichen Bekämpfung des Schmuggelhandels angenommen.**

Der holländische Finanzminister tritt zurück.

Haag, 21. Februar. Das Korrespondenzbureau meldet, daß Finanzminister von Gijn seine Demission angeboten hat. Der Nachfolger soll bereits bestimmt sein. Die Ernennung wird in allernächster Zeit erwartet.

Erfolg des Kabinetts Romanones.

Madrid, 21. Februar. („Frkf. Ztg.") **Die Minderheitsvertreter in der Kammer zogen vor der festen Haltung der Regierung ihre Interpellationen wegen der inneren Politik zurück. Der allgemeine Eindruck in der Kammer war, daß das Kabinett einen seiner größten Erfolge davongetragen hat. Dato sagte, die Sitzung sei gleich ausgezeichnet für die Regierung wie für das Land gewesen.**

Heftige Kämpfe im chinesischen Parlament.

Stockholm, 21. Februar. („Frkf. Ztg.") „Utro Rossij" meldet, im chinesischen Parlament seien sowohl der Vorschlag Wilsons wie die Absendung eines Sondergesandten nach Japan Gegenstand heftigster Kämpfe gewesen. Die Regierung suche aus den Gegensätzen, die im Parlament über die Frage der Beziehungen zu Deutschland entstanden seien, einen Ausweg durch ein Kompromiß. Die endgültige Lösung der verwickelten Frage sei noch durch die Regierungskrise erschwert worden, die gerade herrschte, als der Vorschlag Wilsons eintraf.

Eine Geheimschlächterei aufgehoben.

Magdeburg, 21. Februar. In einem Schuppen am Lorenzweg wurde eine Geheimschlächterei entdeckt und aufgehoben. In der Zeit vom 18. Januar bis 17. Februar wurden über **hundert Schweine heimlich geschlachtet.** Das Fleisch wurde ohne Untersuchung zum größten Teil an einen Schankwirt zu **3,10 M. für das Pfund verkauft,** der es weiter verkaufte. Gegen alle Beteiligten ist eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Verstadtlichung des Arbeitsnachweises in Berlin.

Der Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis hat in seiner letzten Sitzung, zu der leider keine Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts erschienen waren, zur Auflösung des Vereins Stellung genommen. Die Arbeitsnachweise des Zentralvereins sollen bekanntlich vom 1. April d. J. in die Verwaltung der Stadt Berlin übergehen. Der Vorsitzende des Zentralvereins Herr Dr. Freund teilte mit, daß der Magistrat der Stadt Berlin unter dem 5. Dezember 1916 den formellen Antrag auf Uebergang des Arbeitsnachweises in die städtische Verwaltung gestellt habe. Nach § 16 der Satzung kann, wenn der Verein sich auflöst oder seine Tätigkeit einstellt, die Stadt Berlin in alle seine Rechte, insbesondere in das Mitrecht gegenüber der Landesversicherungsanstalt Berlin gegen Uebernahme der Verpflichtung des Vereins eintreten. Da ferner nach einer anderen Satzungsbestimmung die Stadt Berlin stets eine Stimme mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Vertreter hat, so handelt es sich um eine nur zu vollziehende Formalität, einen Beschluß die Auflösung des Vereins betreffend, herbeizuführen.

Aus praktischen Gründen, so wurde weiter ausgeführt, sei zu erwägen, ob zum 1. April die Auflösung oder nur die Ueberleitung vorgenommen werden solle. Der Vorstand entschloß sich für das letztere; die Auflösung des Vereins soll zum 1. Juli d. J. erfolgen und zwar mit Rücksicht darauf, daß, da nach der Satzung die Auflösung des Vereins der landesherrlichen Genehmigung bedarf, diese, der vorgeschrittenen Zeit wegen, zum 1. April nicht zu erreichen sei. Sachlich war der Vorstand, auch der Vorsitzende Herr Dr. Freund der Meinung, daß das Berliner Arbeitsnachweiswesen zur Kommunalisierung geradezu dränge, daß die Zustände, wie sie jetzt bestehen, unhaltbar geworden sind. Da man allseitig der Meinung war, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse der Vorstand allein nicht entscheiden könne, wurde beschlossen, demnächst eine Generalversammlung des Vereins einzuberufen. Die tatsächliche Uebergabe des Inventars usw. soll demgemäß am 1. April stattfinden.

Die Kriegs-Betriebswerkstatt, die dem Zentralverein für Arbeitsnachweis angegliedert ist, wurde nach Ausbruch des Krieges zum Zwecke der Behebung der Arbeitslosigkeit unter den Heimarbeiterinnen gegründet. Unter der umsichtigen und tatkräftigen Leitung von Fräulein Klausner von der Arbeitsnachweisvermittelung für Arbeiterinnen hat der Betrieb im Laufe der Zeit eine immense Vergrößerung erfahren. Das Unternehmen ist kein auf Gewinn gerichtetes, sondern ein gemeinnütziges, zu dem auch der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin seinerzeit den Betrag von 25 000 M. bewilligte.

Bei der Uebernahme des Arbeitsnachweises entsteht die Frage, ob diese Kriegs-Betriebswerkstätte mit zu den Rechten gehört, welche auf die Stadtgemeinde übergehen? Diese Frage wurde von Herrn Dr. Freund verneint, von den Vertretern der Stadt Berlin aber bejaht. Erstere Auffassung wurde damit begründet, daß die Kriegs-Betriebswerkstätte niemals im Etat des Zentralvereins für Arbeitsnachweis aufgeführt wurde, daß vielmehr die Mittel zu diesem Betrieb von Privaten und Körperschaften stammen. Von den Vertretern der Stadt wurde dem u. a. entgegengehalten, daß die Stadt Berlin in einem Falle gegenüber einer auftraggebenden Behörde die Garantie für eine etwa zu zahlende Konventionalstrafe an diese Behörde übernommen habe und daß der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin doch sicher des Glaubens gewesen ist, die ihm bewilligten Mittel nicht Privatpersonen, sondern eben dem Zentralverein für Arbeitsnachweis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu geben. Herr Dr. Freund gab die Erklärung ab, daß er durchaus nicht auf dem Rechtsstandpunkt beharren wolle; die Kriegs-Betriebswerkstätte könne in die Verwaltung der Stadt Berlin übergehen, wenn diese sich verpflichte, die Bedingungen, welche die Militärbehörden bei der Vergabe von Arbeit bisher gefordert haben, gleichfalls zu erfüllen. Diese Bedingung geht dahin, daß die Ueberschüsse der Betriebswerkstatt wieder zugunsten arbeitsloser Heimarbeiterinnen Verwendung finden sollen.

Was eine Privatvereinigung für die Heimarbeiterinnen tun konnte, kann und muß die Stadt auch tun. Die städtischen Behörden haben unlängst die Errichtung eines Anschaffungsamtes beschlossen. Die Kleidungsgebrauchsgegenstände der einzelnen städtischen Verwaltungen, die von privaten Firmen geliefert werden, werden heute in der Heimarbeit zu niedrigen Preisen angefertigt. Hier bietet sich für die Zukunft die Gelegenheit, das Anschaffungsamt und die erwähnte Betriebswerkstatt miteinander in Verbindung zu bringen, um an einem erzielten Problem, der Besserstellung der Heimarbeiterinnen mitzuwirken.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist die Verstadtlichung des Arbeitsnachweiswesens in Berlin zu begrüßen.

Die Militärschneider zu dem Ergebnis der Nürnberger Verhandlungen.

Am Montag abend nahmen die Berliner Militärschneider im großen Saale des Gewerkschaftshauses den Bericht über die Nürnberger Verhandlungen entgegen. Den Einigungsvorschlag haben wir bereits am Dienstag im „Vorwärts" veröffentlicht.

Kunze berichtete unter anderem, daß die Unternehmer bei den Verhandlungen erklärten, die in Aussicht genommene Vereinbarung könne nur auf bestimmte Zeit abgeschlossen werden, da nun die Bestimmungen über den Reichstarif Wirkung hätten. Dem sei von den Vertretern des Verbandes widersprochen worden mit dem Hinweis, daß ein Vertrag nicht dadurch zustande komme, daß man sich gegenseitig das Versprechen gebe, künftig einen Vertrag bestimmten Inhalts abzuschließen. Erst der tatsächliche Vertragsabschluß schaffe Vertragsrechte. Dieser Ansicht sei auch insofern Rechnung getragen, als die Vereinbarung auf unbestimmte Zeit Geltung haben solle. Dagegen sei zugestanden worden, daß die Vereinbarung künftig in allen Orten gemeinsam gekündigt werden muß.

Bei den Verhandlungen über die Zulagen hätten die Unternehmer erklärt, daß eine Erhöhung der Löhne, wie sie für die Konfektion erfolgte, in der Maßbranche nicht möglich sei. Es komme hinzu, daß die Konfektionäre eine Verschiebung in andere Preislagen vornehmen würden, was die Maßgeschäfte nicht könnten. Nach längerer Verhandlung hätten die Unparteiischen einen Vergleichsvorschlag gemacht, wonach die 10 Proz. nach der Verordnung vom 4. April weiter gezahlt werden, dazu sollten 10 Proz. Lohnzuschlag und 5 Proz. Teuerungszulage kommen. Die Teuerungszulage sollte in Wegfall kommen, wenn die gegenwärtigen Lebensmittelpreise um mehr als 50 Proz. sinken. Gegen diesen Vorschlag hätten sich die Vertreter des Verbandes gewehrt. Schon die Form des Vorschlages habe zu Widerspruch Anlaß gegeben. Auch wegen der niedrigen Stundenlöhne sei lange verhandelt worden. Infolge dieser Einwendungen wäre dann eine Lohnerhöhung von 25 Proz. zugestanden worden. Nebenher sind außerdem die Stundenlöhne erhöht worden. Auf die nun erhöhten Stundenlöhne komme dann noch der Zuschlag von 25 Proz.

Wenn auch die Lohnzulage von 25 Proz. nicht als ein zeitgemäßer Ausgleich angesehen werden könne, so empfehle er doch die Annahme des Vergleichsvorschlages. Wesentlich sei, daß die Zulage auf den gesamten Wochenverdienst erfolge und unabhängig von der Teuerung zu zahlen ist. Die Tariflöhne werden bei künftigen Tarifabschlüssen entsprechend höher angesetzt, während jetzt die alten Sätze bestehen bleiben und der Zuschlag auf den gesamten Verdienst verrechnet wird.

Nach kurzer Debatte wurde der Vergleichsvorschlag gegen eine Stimme angenommen.

Kunze machte dann noch darauf aufmerksam, daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegenwärtig weniger verdienen, als sie durchschnittlich in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 verdienten, Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Sofern diese Voraussetzung zuträfe, sei ein entsprechender Antrag an den Unternehmer zu stellen, bei dem der Betreffende beschäftigt ist.

Die Lithographen und Steindrucker zum Hilfsdienstgesetz.

Eine Versammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, die am 17. Februar im Gewerkschaftshause tagte, beschäftigte sich mit dem Hilfsdienstgesetz. Genosse Wissell hatte das Referat dazu übernommen. Gleich zu Beginn kam der Antrag eines Kollegen zur Abstimmung, wonach der von ihm eingeladene Genosse Stadthagen als Korreferent zugelassen werden sollte. Der Antrag fand nur die Unterstützung von zehn Kollegen und war damit abgelehnt. Gegen ihn wurde geltend gemacht, man könne nicht die Belehrung der Gewerkschaftsmitglieder einem Manne überlassen, der selbst kein Arbeiter sei und bisher für die Gewerkschaften nichts getan habe. Dadurch würde man den Parteistreit in die Gewerkschaften erst hineintragen.

Wissell besprach das Gesetz in seinen einzelnen Bestimmungen und meinte zum Schluß, auf die Besetzung der Ausschüsse durch die organisierten Arbeiter komme alles an. Wenn wir einig seien, dann könne das Gesetz den Arbeitern nie zum Schaden gereichen.

Haß gibt bekannt, wie weit das Gesetz bisher für das graphische Gewerbe in Betracht komme und wie der Verband in den einzelnen Fällen gewirkt habe, die Löhne aufrechtzuerhalten. Ständen die Kollegen hinter ihrer Beschwerde und wenden sie sich an die Organisation, dann könne der Verband jedem Kollegen beistehen. Stiller kritisiert die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter zu dem Gesetz. Man habe die Arbeiter nicht gefragt. Durch die Verbrüderung mit den Gelben auf den Gewerkschaftstagungen habe unser Ansehen gelitten. (Solche „Verbrüderung" mit den Gelben hat doch nirgends stattgefunden! Im Gegenteil: die Gewerkschaften aller Richtungen haben gegen die Zulassung der Gelben als Arbeitervertreter mit allen Kräften gewirkt. D. R.) Haß meint, die so stark das Gesetz verurteilenden Auffassungen könnten nur entstehen, wenn man weder das Gesetz noch die Bedingungen des Gesetzes genau kenne. Wir hätten gewissenlos gehandelt, wenn wir uns nicht an der Schaffung des Gesetzes und seiner Verbesserung beteiligt hätten. Wissell weist an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen die erhobenen Einwände als Mißverständnisse nach, die nur aus der Unkenntnis des Gesetzes begreiflich wären.

Ein Antrag, der der „Graphischen Presse" die Behandlung politischer Fragen, die nicht mit dem Beruf zusammenhängen, verbietet, wird fast einstimmig abgelehnt. Nur sechs Kollegen stimmen dafür.

Die Zinkzündergießer und die Entschädigung bei Materialmangel.

In einer gutbesuchten Branchenversammlung aller in Zinkzündergießereien Beschäftigten berichtete Bredow über die Verhandlungen zur Frage der Entschädigung bei Materialmangel. Die Verhandlungen, die vier Firmen betrafen, in ihrer Wirkung aber weitergreifen, hatten zunächst vor dem Kriegsausschuß kein Resultat. Der Ausschuß regte eine nochmalige Verhandlung zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern an, die dann auch stattfand. Die Unternehmer schilderten die Schwierigkeiten beim Heranschaffen von Metall und Koks sowie die besondern Unkosten, die ihnen infolge dieser Kalamität entstehen. Sie erklärten, mit Rücksicht darauf keine Geldentschädigung für die Schichten, die infolge Materialmangels ausfallen, zahlen zu können. — In langen Verhandlungen konnte eine Bezahlung der infolge Materialmangels eintretenden Feierschichten nicht erzielt werden. Man einigte sich auf folgende Abmachung: Bei Metall-, Koks- und Ziegelmangel wird eine Entschädigung nicht bezahlt. Eine Entschädigung von 8 M. wird jedoch für eine ausfallende Schicht dann bezahlt, wenn der Gießer für die betreffende Schicht nicht rechtzeitig abbestellt wird und wenn er von der Firma nicht anderweitig beschäftigt werden kann. Bei solcher anderweitigen Beschäftigung ist ein Stundenlohn von 1,75 M. zu zahlen. Versäumnisse, die innerhalb der Arbeitszeit eintreten, werden mit 1,75 M. pro Stunde entschädigt, soweit die Versäumnisse im Tage eine Stunde oder mehr betragen. Eine Vergütigung findet nicht statt, wenn der Gießer die Arbeit nicht rechtzeitig beginnt oder vorzeitig verläßt. Für das Fertigmachen des Ofens und der Formen wurde für die erste Schicht eine Zeit von 2 Stunden und für die zweite und dritte Schicht eine Zeit von je einer Stunde festgesetzt. Das Gießen darf nicht eher als eine Stunde nach Beginn der Arbeitszeit beginnen. Ferner erklärten sich die Unternehmer bereit, nur Leute einstellen zu wollen, wenn es den jeweiligen Zeitverhältnissen entspricht.

Wenn auch die Vereinbarung nur vier Firmen betrifft, so ist von großer Bedeutung eine vom Kriegsausschuß abgegebene Erklärung, die dahin geht: Wenn andere Firmen, die nicht zu den vier Firmen gehören, die Vereinbarungen nicht anerkennen wollen, so sollen die betroffenen Arbeiter zum Kriegsausschuß kommen. Ihren Arbeitgebern würde dann erklärt werden, daß sie entweder die Vereinbarung ebenfalls zu beachten hätten, widrigenfalls den Arbeitern der Kriegsschein zu erteilen sei.

Die Versammlung erklärte sich nach längerer Diskussion mit den Vereinbarungen einverstanden.

Erhöhte Teuerungszulage für Rohrleger und Helfer.

Nachdem eine Versammlung der Rohrleger und Helfer kürzlich beschlossen hatte, wegen der fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung zu fordern, wurde diese Forderung den Unternehmern unterbreitet und in der Schlichtungskommission darüber verhandelt. Die Wünsche der Arbeiter gingen auf eine Erhöhung des tariflichen Mindestlohnes. Die Unternehmer erklärten dagegen, wenn über den Tariflohn verhandelt werden solle, dann müsse über den gesamten Tarif verhandelt werden, und bei dieser Gelegenheit hätten auch die Unternehmer Wünsche auf Aenderungen des Tarifs. So hielten sie es für angebracht, daß im Tarif nicht nur der Mindest-, sondern auch der Höchstlohn festgesetzt werde und daß dieser den Mindestlohn nur um 10 bis 15 Pf. übersteigen dürfe. Auf derartige Forderungen konnten die Arbeiter natürlich nicht eingehen. Sie sahen deshalb von dem Antrage auf Aenderung der Tariflöhne ab und forderten eine erneute Teuerungszulage von 15 Pf. pro Stunde, zahlbar vom 1. April ab. Das war den Unternehmern zu viel. Nach längeren Verhandlungen verständigten sich dann die Vertreter der Vertragsparteien dahin, ihren Versammlungen zu empfehlen, daß die Teuerungszulage am 1. April um 10 Pf. und am 1. Juli nochmals um 5 Pf. erhöht wird. Die Lieferung von Seife durch den Unternehmer oder eine entsprechende Entschädigung bei Nichtlieferung soll vom 1. April ab fortfallen. Die Fahrgeldentschädigung soll so geregelt werden, daß bei Wegen, die vom Geschäft angeordnet sind, das vom Arbeiter tatsächlich ausgegebene Fahrgeld zurückvergütet wird. Die Landzulage wird auf 4 M. erhöht, sie kann in besonderen Fällen bis auf 5 M. erhöht werden. Ferner wurde noch eine Vereinbarung darüber getroffen, welche Arbeiten ein für allemal und welche unter gewissen Voraussetzungen als „schmutzige Arbeiten" gelten, die nach dem Tarif mit einem Lohnaufschlage von 25 Pf. zu vergüten sind.

Die vorstehenden Vereinbarungen wurden der Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer vorgelegt, nach der Begründung durch Siering diskutiert und schließlich angenommen. Hiernach erhöht sich der Mindeststundenlohn einschließlich der früher bewilligten Teuerungszulage von 38½ Pf. und der am 1. April in Kraft tretenden neuen Zulage von 10 Pf. auf 1,15 M. für Rohrleger und 96½ Pf. für Helfer. Dazu kommt dann am 1. Juli eine weitere Zulage von 5 Pf.

Soziales.

Gesundheitsdienst.

Zu einer von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte einberufenen und stark besuchten Versammlung hielt am 16. Februar 1917 Kreisarzt Dr. Ascher aus Harburg einen Vortrag über „Der Gesundheitsdienst".

An Hand des reichen Zahlenmaterials schilderte der Redner den Wert des Menschen in der Volkskraft. Mit diesem wertvollen Kapital seien wir „nicht schlecht, aber auch nicht gut", umgegangen. Es habe zwar die Sterblichkeit ab- und die mittlere Lebensdauer zugenommen, andererseits sei aber viele Jahrzehnte die Säuglingssterblichkeit sehr hoch gewesen und das Material der Leipziger Ortskrankenkasse, das im Kaiserl. Statistischen Amt verarbeitet wurde, zeige, daß allein die Kosten für Krankengeld, Arzt, Arzneikosten, Pflege, Rekonvaleszenz, im Reiche mindestens eine Milliarde Mark betragen. Dazu käme noch der Ausfall an Verdienst, der auf rund 1,6 Milliarden Mark gesetzt werden müsse. Die ungeheure Bedeutung dieser Ziffern wurde durch Vergleiche mit Summen gezeigt, die der jetzige Staatssekretär Helfferich in seinen Untersuchungen über Deutschlands Wohlfahrt anführte. Um solche Unwirtschaftlichkeit zu verbessern, forderte der Referent bessere Statistiken und bessere Erforschung des Einzelfalles. Er hält hierzu eine Arbeitsgemeinschaft zwischen allen Krankenkassen und den übrigen Organen der Reichsversicherung und Vertretern ärztlicher Praxis und Wissenschaft für nötig, in welche auch die Gemeinde als Hauptträger der Fürsorge für die Jugend und die Heeresverwaltung einzubeziehen wäre, welch letztere großes Interesse an der Gesundheit des Volkes, besonders der Jugend, habe. Ebenso sei die Teilnahme der Medizinalverwaltung nötig. Die nächste Aufgabe des zu schaffenden Zweckverbandes sei

a) die Errichtung einer Stelle zur Sammlung und Sichtung des Materials der ganzen Reichsversicherungsordnung, besonders der Krankenkassen und der Ergebnisse der Fürsorgebestrebungen auf gesundheitlichem Gebiet,

b) Anstellung von Kontrollärzten und von Kontrollbeamten, welch letztere als Fürsorge auszubilden wären.

Dr. Ascher hat während seiner Tätigkeit als Kreisarzt in Hamm bereits die Durchführbarkeit seiner Vorschläge praktisch bewiesen und gezeigt, wie sich durch die Zusammenfassung aller Kräfte ein wirklicher Gesundheitsdienst schaffen läßt.

An den bedeutsamen Vortrag schloß sich ein Meinungsaustausch zwischen den Herren Geheimrat Pütter und Professor Gonser. Auf Antrag des Direktor Albert Kohn wurde beschlossen, den Vorstand der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte zu beauftragen, die nötigen Vorarbeiten zu treffen, um den Anschluß der Krankenkassen von Groß-Berlin an die Fürsorgebestrebungen herbeizuführen.

Kriegsteilnehmerschutz und Hilfsdienstpflicht.

Schon gelegentlich der Beratung des Hilfsdienstgesetzes wurde die Frage aufgeworfen, ob die Hilfsdienstpflichtigen, ähnlich den Kriegsteilnehmern, einen Schutz im Prozesse genießen würden. Ein Bedürfnis danach läßt sich billigerweise in Fällen nicht leugnen, in denen z. B. Hilfsdienstpflichtige auf Grund der schriftlichen Aufforderung zur freiwilligen Meldung oder auf Grund der Ueberweisung eine Stellung weit entfernt von ihrem bisherigen Wohnsitz, sei es in Deutschland, sei es im besetzten Gebiet, annehmen und die Prozeßführung im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Bestellung eines Vertreters und der Schwierigkeit der Informationserteilung aufs äußerste erschwert ist. Für einen Teil der Hilfsdienstpflichtigen gibt das Kriegsteilnehmerschutzgesetz vom 4. August 1914 einen prozessualen Schutz.

Nach § 2 Ziff. 1 dieses Gesetzes findet eine Unterbrechung bzw. Aussetzung des Verfahrens statt, wenn eine Partei „vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufes zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht" gehört. In der Literatur ist nahezu einstimmig angenommen worden, daß Aerzte, Motorradfahrer, Handwerker usw., die auf Grund privaten Dienstvertrages einem mobilen Truppenteil zugewiesen sind, unter jene gesetzliche Vorschrift fallen. Daraus folgt, daß auch der Zivildienstpflichtige, der z. B. als Schreiber einer Ortskommandantur oder als Schlächter eines Proviantamts oder in einem der wirtschaftlichen Betriebe der Heeresverwaltung (Elektrizitätswerk, Holzbearbeitungsfabrik, Entlausungsanstalt, Selterwasserfabrik) Anstellung findet, den gleichen Schutz genießt wie sein Vorgänger, der vom Truppenteil zu dieser Arbeit abkommandiert war. Wann ein Truppenteil mobil ist, richtet sich, wie jetzt allgemein anerkannt ist, nach gewissen äußeren Merkmalen, wie Feldlöhnung, Feldverpflegung, Feldausrüstung usw.). Soweit diese Kennzeichen in der Person des Hilfsdienstpflichtigen nicht vorkommen können (z. B. weil er keine Feldlöhnung erhält), wird es darauf ankommen, ob sie bei den am gleichen Ort stationierten Militärpersonen gegeben sind. Ob der Bahn-, Küsten- und Grenzschutz, soweit er nicht mobile Löhnung erhält, als „gegen den Feind verwendet" zu gelten hat und daher den Kriegsteilnehmerschutz genießt, ist in der Rechtsprechung noch immer nicht entschieden. Bezüglich der Gefangenenbewachung wird die „Verwendung gegen den Feind" jetzt im allgemeinen verneint.

Abgesehen von § 2 Ziff. 1 kommt auch § 2 Ziff. 2 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes den Hilfsdienstpflichtigen zugute, da sie sich „dienstlich aus Anlaß der Kriegführung des Reichs im Ausland" aufhalten. Die Literatur erwähnt als Beispiel hierfür Verwaltungs-, Eisenbahn- und Postbeamte im besetzten Gebiet. Die Anwendung dieser Gesetzesvorschrift auf zivildienstpflichtige Personen ergibt sich daraus sogleich.

So weit das Kriegsteilnehmerschutzgesetz Anwendung findet, gilt auch die Verordnung vom 14. Januar 1915 über die Bestellung eines Vertreters bei offenbarer Unbilligkeit der Verfahrensunterbrechung (z. B. wenn das Gehalt des Dienstpflichtigen hinreicht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen oder wenn die Information mit Leichtigkeit erteilt werden kann), die Verordnung vom 20. Januar 1916 zum Schutz bei Angehörigen immobiler Truppenteile (wichtig bei Bahnschutz usw.) und schließlich der Verordnung vom 8. Juni 1916 über Gewährung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer.

Weitere Schutzvorschriften zugunsten der Hilfsdienstpflichtigen existieren nicht. In Frage käme nur noch § 247 Zivilprozeßordnung, der eine Verfahrensaussetzung gestattet, wenn sich eine Person „im Militärdienst" zu Kriegszeiten aufhält, eine Voraussetzung, die Gerichte bei den Hilfsdienstpflichtigen kaum als vorliegend annehmen dürften.

Verbot der Mietsteigerung — in Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die nur gestattet, daß der Vermieter die Miete bis zu der Höchstsumme erhöht, die zwischen dem 1. Februar 1914 und dem 1. November 1916 als Höchstmietpreis für die betreffende Wohnung zu bezahlen war. Ueber diesen Satz hinaus darf die Miete auch bei neuen Mietern nicht gehen. Nur die Entschädigung für Heizung und Warmwasserversorgung darf um 5—6 Proz. erhöht werden. Auch eine Wohnungskündigung seitens des Vermieters ist ausgeschlossen, es sei denn, daß besondere Fälle vorliegen, wie Nichtbezahlung der Miete, pflichtwidriges Verhalten des Mieters usw. Die Gültigkeit dieser Verordnung erstreckt sich auf alle Kleinwohnungen, deren Miete einen festgesetzten Betrag nicht übersteigt.

Feuerbestattung.

Die Zahl der in den deutschen Krematorien bewirkten Einäscherungen ist, wie wir der neuesten Nummer der „Flamme" entnehmen, im Jahre 1916 wiederum beträchtlich gestiegen; sie stellte sich auf 11 403 gegen 10 650 im Jahre 1915. Mit dieser Ziffer ist selbst die des Jahres 1914 um 225 überschritten worden. Von den Eingeäscherten waren 6630 männlichen, 4773 weiblichen Geschlechts.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 4 des 9. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Heilig sei dir der Tag . . . Von Dr. med. S. Drucker. — Mein Begräbnis. Von Hans Heinz Ewers. (Schluß). — Hilfsdienstgesetz und jugendliche Arbeiter. II. Von A. Wissell. — Die Schrift der alten Germanen. Von Paul Barthel. (Mit Abbildungen.) — Das Petroleum. — Die unsichtbare Batterie. Von Karl Bröger. — Der preußische Kultusminister und die freie Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom Mittwoch, den 21. Februar 1917.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Die zweite Lesung des

Etats für Handel und Gewerbe

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Bell** (Z.):

Die Verdächtigungen des Abgeordneten Hue gegen die verdienten Männer unserer Schwerindustrie, als träten sie für gewisse Annexionisten nur deshalb ein, weil damit ihre Privatinteressen verknüpft sind, weise ich mit Entrüstung zurück. (Beifall rechts und im Zentrum.) Gewiß, wir alle wünschen den Frieden. Aber die Betonung einer übertriebenen Friedensliebe kann auch schaden. Das sagt in der letzten Nummer der „Glocke" auch der sozialdemokratische Abg. Dr. Lensch. (Hört, hört!) Ich habe kein Verständnis für den Abg. Scheidemann, der im Lande herumreist und als sein Programm verkündet: „Was französisch ist, soll französisch bleiben. Frankreich könne einen so günstigen Frieden haben, wie es sich gar nicht denken könne, und jeder Kriegführende müsse seine Last selber tragen." Mein Stolz als Deutscher lehnt sich gegen eine solche Auffassung auf. (Lebhafter Beifall rechts und b. d. Nationalliberalen.) Mit einem

überspannten Pazifismus

können wir gegen die Vernichtungswut unserer Feinde nichts ausrichten. Wir halten fest an der Erklärung, die im Reichstage Dr. Spahn im Namen aller bürgerlichen Parteien abgegeben hat und in der er reale Garantien dafür gefordert hat, daß wir nicht zum zweiten Male in dieser Weise von der halben Welt überfallen werden können. (Beifall.) Papierne Verträge, die von England in den Papierkorb geworfen werden, sind solche Garantien nicht. England blickt schon jetzt lüsternen Auges nach dem Kontinent und will zur Sicherung seiner Zukunft nicht nur Calais, Lissabon, Malta und das Aegäische Meer besitzen, sondern auch Antwerpen, Zeebrügge und Ostende, um von dort aus drei neue Einfallstore gegen Deutschland zu haben. (Sehr wahr! rechts.) Wir rufen England zu: „Hände weg von Belgien!" (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Wir dürfen nicht zugeben, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet in einem zukünftigen Krieg das Schlachtfeld wird. Wenn wir dagegen alle notwendigen Maßnahmen treffen, so ist das nicht schnöde Eroberungssucht, sondern nackte, reine Selbsterhaltung. (Sehr wahr! rechts.) Unser Wirtschaftsleben hat im

Trommelfeuer von 4000 Verordnungen

gestanden, man sollte hier doch wohl auch etwas mehr rationieren und kontingentieren und mehr auf Qualität als auf Quantität sehen. Der **wilde Zwischenhandel** mit seinen **unverdienten riesigen Wuchergewinnen** war nur möglich, weil dem Kleinhandel die nötigen Organisationen fehlen. Dem neuen Staatskommissar für Volksernährung geben wir unsere besten Wünsche mit auf den Weg. Wir müssen in Friedenszeiten möglichst bald wieder zum freien Handel zurückkehren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Fuhrmann** (natl.):

Herr Hue hat, wie früher der Abg. Braun, behauptet, die Großindustriellen hätten an Annexionen und an der Verlängerung des Krieges ein persönliches Interesse. Das ist eine schamlose Verdächtigung. (Abg. Ad. Hoffmann: Aber es ist wahr!) Dann ist auch dieser Zwischenruf eine schamlose Verdächtigung. (Abg. Ad. Hoffmann: Damit wird es nicht weniger wahr!) Es ist unrichtig, daß unsere Großindustrie für

starke Kriegsziele

eintritt. Im Gegenteil ist es zu beklagen, daß vielfach in unserer Industrie für solche Kriegsziele nicht das genügende Verständnis vorhanden ist. Abg. Hue verwies darauf, daß unsere bisherige Eisen- und Erzproduktion vollkommen ausreicht. Aber wenn die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz auch nur in kleinem Umfange durchgesetzt werden, so werden wir vor die schwersten Gefahren in unserer Rohstoffversorgung gestellt sein. Als ich auf die Haltung der französischen Sozialdemokraten verwies, rief Herr Ad. Hoffmann, das seien keine vernünftigen Leute. Nun, er hält wohl außer sich niemand für vernünftig. (Ad. Hoffmann: Sie jedenfalls nicht!) Dann wäre ich ja auch reif für das Irrenhaus. (Heiterkeit.) Auch in der deutschen Sozialdemokratie gibt es viele Stimmen, die nicht gegen Annexionen sind. Redner führt Zitate aus der „Glocke", der „Chemnitzer Volksstimme", den „Sozialistischen Monatsheften" usw. an, die seines Erachtens dafür sprechen. Auf die Zuversicht einiger Sozialdemokraten, daß überhaupt kein Krieg mehr kommt, möchte ich die Zukunft unseres Vaterlandes nicht gründen. Das Volk wird in einem **künftigen Krieg** siegreich bestehen, das über genügend Vorkommen von Kohle und Eisen im eigenen Gebiete verfügt. Ich hoffe, daß auch die deutsche Reichsregierung die Einsicht besitzen wird, daß wir die **Hand von Longwy und Briey nicht mehr ziehen können.** Wenn Herr Hue meinte, solche Reden wie die von Herrn Beumer müßten den Kriegswillen der Feinde aufs neue erwecken, so behaupte ich, daß unsere Gegner viel eher zum Frieden zu bekommen sein werden, wenn sie wissen, daß sie bei weiterer Fortsetzung auch Land und nicht nur Menschen verlieren. Die Behauptung, daß der Reichskanzler keine Eroberungsabsichten habe, ist eine

Beleidigung für den Reichskanzler.

(Abg. Hoffmann [S. A.]: Sehr richtig!) Was der Reichskanzler im Reichstag ausgeführt hat, gibt Herrn Scheidemann kein Recht, im Lande den Eindruck zu erwecken, als wenn seine Ziele die Ziele des Reichskanzlers wären. (Abg Ad. Hoffmann [S. A.]: Sehr richtig! Heiterkeit.) Der Staatsmann, der ohne Briey und Longwy, ohne daß Belgien in **unserer Hand bleibt, die Maßlinie an Frankreich und die flandrische Küste an England fallen läßt, wer uns ohne Kurland und Litauen läßt, der würde vor der Geschichte als der Totengräber deutscher Macht und Größe dastehen.** (Abg. Ad. Hoffmann [S. A.]: Theobald, Du bist gewarnt!) Daß meine Rede in Bielefeld bei den Christlichsozialen Widerspruch gefunden hätte, ist nicht richtig. Ich bin überzeugt, wenn eine Urabstimmung stattfinden würde, würden die Herren Hue und Hoffmann ziemlich allein stehen. (Abg. Ad. Hoffmann [S. A.]: Machen Sie doch die Probe!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Ad. Hoffmann** ([S. A.] zur Geschäftsordnung): Der Schluß der Debatte macht es mir unmöglich, nachzuweisen, daß solche Reden wie die der Herren Fuhrmann und Beumer den Frieden weiter hinausschieben, weil sie dazu beitragen, daß das Ausland das deutsche Friedensangebot nicht ernst nimmt und daß der Frieden erst dann kommen wird, wenn die Völker selbst die Geduld verloren haben. Ich reiche meinem Freunde Brizon in der französischen Kammer hinweg über die von Blut dampfenden Schützengräben, meine Hand, der mit mir das gleiche Ziel verfolgt, die Völker zum Frieden zu bringen. Diese Wortabschneidung, nachdem Herr Fuhrmann so ausführlich gegen mich persönlich gesprochen hat, ist das Gegenteil von dem, was man nobel nennt. (Zuruf rechts: Zur Geschäftsordnung!) Wer ist denn hier eigentlich Präsident?

Vizepräsident **Porsch:** Ich werde gegebenenfalls einschreiten.

Abg. **Ad. Hoffmann** (S. A.): Als Herr Fuhrmann einen Zwischenruf von mir als schamlos bezeichnete, ist der Herr Präsident nicht eingeschritten. (Vizepräsident Dr. Porsch: Ich habe das nicht gehört und werde nach Prüfung des Stenogramms meine Maßregel treffen.) Herr Fuhrmann behauptete, es wäre schamlos zu sagen, **daß die Kriegslieferanten an der Verlängerung des Krieges ein Interesse haben.** Ich meine, es ist schamlos, das zu bestreiten. Das weiß das ganze Volk. (Vizepräsident Dr. Porsch: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.)

Abg. **Ad. Hoffmann** (Soz. Abg.) (Zur persönlichen Bemerkung.) Außer den Kriegslieferanten wird kein anderer der Meinung sein, daß das schamlos ist. (Zuruf rechts: Persönlich?) Soll ich noch persönlicher werden, Herr Oberpräsident v. Pappenheim, als daß ich den Zuruf des Herrn Fuhrmann gegen mich zurückweise? Dann will ich ganz kurz sagen, diese Zurückweisung war eine Schamlosigkeit. (Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung.)

Es folgt nun eine Debatte über Mittelstandsfragen.

Der Abg. Fuhrmann (natl.) erhält nachträglich wegen des dem Abg. Ad. Hoffmann (Soz. Arbg.) gemachten Vorwurfes der schamlosen Verdächtigung einen Ordnungsruf.

Abg. **Dr. Wendlandt** (natl.) bittet, das Handwerk bei der Heranschaffung von Rohstoffen zu berücksichtigen und fordert eine Vertretung des Mittelstandes und der Arbeiter in der Reichsstelle für Uebergangswirtschaft. Der Redner tritt zum Schluß für die Förderung der Selbsthilfeorganisation des Handwerks ein.

Abg. **Hammer** (kons.) weist die Hetze der demokratischen Presse gegen die Erzeuger zurück: Die Hauptsache ist, die Produktion zu fördern. Auch die 1½ Millionen Kleinkaufleute müssen gehört werden. Die Landwirtschaft hat in geradezu heroischer Weise für das deutsche Volk gesorgt. Der **Konsument** wird durchaus nicht ausgepowert. Das Publikum sollte **weniger** in den Warenhäusern kaufen, sondern mehr beim ehrsamen Kaufmann. (Beifall rechts.)

Handelsminister v. Sydow stellt in Aussicht, daß die Grundsätze über den angemessenen Gewinn nunmehr von Sachverständigen richtig angewendet werden sollen.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Landwirtschaftsetat.

Der Staatshaushaltausschuß des Abgeordnetenhauses setzte die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats fort. Ein Zentrumsabgeordneter kam auf seine alten Wünsche zu sprechen, daß der freie Handel und die freie Preisbildung wieder wirken sollen, da bei der jetzigen Preisorganisation das Ziel einer ausreichenden Ernährung nicht zu erreichen sei. Wenn dieses Preissystem bestehen bleibt, werde der **Produktionszwang die unausbleibliche Folge** sein. Ein freikonservativer Abgeordneter bespricht die Landarbeiterfrage und fordert, daß Beurlaubungen von Soldaten, die nicht kriegsverwendungsfähig seien, unter allen Umständen erfolgen müßten.

Ein konservativer Abgeordneter führt aus, die Preispolitik müsse lediglich vom Gesichtspunkt der Produktion aus betrieben werden. **Jede Herabsetzung von Preisen sei heute außerordentlich bedenklich.** Gesetzlich festgesetzte Preise sind nach der Ansicht des Redners letzten Endes immer höher als im freien Verkehr sich entwickelnde Preise. Das Land stehe heute in seiner Versorgung im allgemeinen nicht mehr besser da, wie die Städte. Er befürwortet warm Lieferungsverträge zwischen Stadt und Land und hält dies allein für die richtige Organisation. Er gibt zu, daß eine völlig freie Bewegung des Handels jetzt nicht durchführbar sei, dieser müsse aber bedeutend mehr herangezogen werden. Nach dem Kriege solle den Feinden Lebensmitteleinfuhr für Deutschland auferlegt werden. Der Vertrieb der ersten Frühkartoffeln müsse völlig dem freien Handel überlassen bleiben, für die späteren Frühkartoffeln müsse ein Anreiz gegeben werden durch entsprechende Preise, die nicht geringer sein dürften als im Vorjahre.

Ein Sozialdemokrat bespricht zunächst eingehend die Preisfrage und kommt auf die bekannten Vorschläge der landwirtschaftlichen Professoren zur Preisfestsetzung zurück. Diese Regelung wäre allerdings zu ertragen, entschieden aber müsse einseitigen Preiserhöhungen widersprochen werden. Für die Ablieferungen nach den Molkereien müßten die Landgemeinden verantwortlich sein. Die Städte sollten das Vieh nach dem Schlachtgewicht auf Grund von Schlachthoffeststellungen bezahlen. Mit der Berufung auf die Gefahr der Viehseucheneinschleppung werde man nach dem Kriege die ausländische Vieheinfuhr nicht mehr unterbinden können. Den Arbeitern müsse über die Ernährungskosten hinaus noch ein Notgroschen bleiben. Zu diesen Fragen äußerte sich der Minister gemäß seinen früheren bekannten Ausführungen.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 21. Februar 1917.

Zum ersten Male seit Kriegsbeginn hielt der Bund der Landwirte heute seine Generalversammlung — die 22. — ab. Sie zeigt diesmal nicht das altgewohnte Bild des Massenandranges. Nicht in dem Riesenbau des Zirkus Busch, sondern in dem vornehmen Konzertsaal der Philharmonie findet diesmal die Tagung statt. Der Zutritt ist nur gegen besondere Eintrittskarten möglich.

Der Vorsitzende des Bundes, Freiherr **von Wangenheim**-Kleinspiegel, betont auch in seiner Eröffnungsansprache, daß sie es nicht für richtig gefunden hatten, in dieser Zeit der Arbeit, der Ueberlastung der Bahnen und der Verpflegungsschwierigkeiten eine Massenkundgebung zu veranstalten. Er dankt dann den Söhnen und Brüdern draußen im Felde, die die Wacht für das Vaterland halten. Dankbar erkennen wir an, daß trotz aller Kämpfe und Stürme die Grundlage des Deutschen Reiches festgehalten worden ist. Sie beruht nicht nur in unserem starken Heer und der genialen Schöpfung des

Großadmirals Tirpitz,

unserer starken Flotte, sondern in dem, um das uns jetzt die Feinde beneiden; unsere starke Monarchie, die nicht zu einem Schattenkaisertum herabgesunken ist. Sie beruht aber auch auf unserer wirtschaftlichen Macht. Ohne Ruhmredigkeit kann ich auf die Geschichte des Bundes der Landwirte hinweisen. Nicht für das Dasein des einzelnen Landwirtes allein traten wir ein, sondern verwiesen darauf, daß bei einem Kriege nach mehreren Fronten uns der Sieg nur beschieden sein könnte, wenn der deutsche Landwirt imstande sein würde, das deutsche Volk mit Brot und Fleisch genügend zu versorgen. Ich erinnere auch an den Antrag Kanitz. (Lebhafte Zustimmung.) Wollte Gott, er wäre durchgeführt worden, wie wir es verlangten, manche Sorge wäre heute von uns genommen. (Stürmischer Beifall.) Man hat uns überagrarische Heißsporne genannt und verlacht und verspottet, aber die

Lücken in unserer Zollrüstung

rächen sich heute. (Lebhafte Zustimmung.) Der Milch- und Futtermittelzoll ist verlacht und verhöhnt worden, und so haben wir ein Kunstgebäude aufgebaut, in dem in vielen Gebieten unsere Viehmästung nur beruhte auf den billigen ausländischen Futtermitteln. Es stehen sich zwei unvereinbarende Weltanschauungen gegenüber: Die englische, aufgebaut auf unbegrenzter realer Macht, demgegenüber die Traumpolitik des deutschen Volkes. Wir haben uns gewiegt — hoffentlich ist das endgültig überwunden — in dem Gedanken einer Weltverbrüderung, wollten gut Freund mit aller Welt sein, durch Nachgiebigkeit wollten wir unsere Widersacher zu guten Freunden machen. Der Traum eines ewigen Weltfriedens wird ein Traum bleiben, solange die Menschen nicht als Engel einheitlich aus einem Prägestock hervorgehen. (Sehr wahr!) Die Reichsstelle, die das zustande bringt, soll erst gefunden werden. (Heiterkeit.) Wir haben viel abzubitten unserem Kaiser, der mit prophetischem Blick vorausgesehen hat, daß der Entscheidungskampf zur See geführt werden muß; haben wir nicht gemurrt, als Helgoland eingetauscht wurde und den Kopf geschüttelt, bei der ersten Anknüpfung mit der islamitischen Welt. Wir haben gesehen, daß die Schwärmerei für den Frieden immer weitere Kreise zieht. Wir sehen in unserem kaiserlichen Herrn den weiten Blick, die Gabe, die besten Seiten des Menschenherzens zu erfassen. Um so schmerzlicher und tiefer hat es wohl die meisten aus den Mittel- und gewerblichen Ständen berührt, daß ihnen das Ohr des kaiserlichen Herrn verschlossen geblieben ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht die Herren Scheidemann und Erzberger, das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" sind die Stimmung des deutschen Volkes, nicht die Mehrheit des jetzigen Reichstages, der gewählt ist zu einer ganz anderen Zeit, unter anderen Voraussetzungen und einer anderen Wahlparole. (Stürmischer Beifall.) Nein, der Kern des deutschen Volkes hat den unverbrüchlichen Willen, diesen Krieg durchzuführen, **sei es zu einem bitteren oder guten Ende,** aber zu einem Ende, das über unsere Zukunft maßgebend entscheidet. (Stürmischer Beifall.) Als eine Erlösung haben wir es empfunden, als endlich das Wort ausgegeben wurde:

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

(Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk wußte und weiß nun eins, daß diese Waffe die Möglichkeit bietet, der baldigen Ueberwindung unseres gefährlichsten Feindes. Und gebe Gott, daß nicht denen, denen, die die Verantwortung zufällt, von der Geschichte entgegengeschleudert wird, **daß das entscheidende Wort zu spät gefallen ist.** Das deutsche Volk dankt seinem Kaiser und lebt in der Hoffnung, daß der neue Abschnitt des Krieges unbeirrt weitergeführt werden wird, wenn auch manche Zeitungsnachrichten wieder zu Bedenken Anlaß geben. Verhandlungen, die mit Dänemark geführt werden und mit den Vereinigten Staaten über die Schweiz, sind geeignet, **das Vertrauen zu den führenden Staatsmännern zu erschüttern.** (Zustimmung.) Als Erlösung würde das deutsche Volk es empfinden, wenn die führenden Staatsmänner offen aussprechen würden, daß diese Ausstreuungen nichts sind als leere haltlose Gerüchte. (Stürmischer Beifall.) Wir deutschen Landwirte geloben unserem Kaiser, zu hartem biegsamem Stahl zu werden. (Erneuter stürmischer Beifall.) Redner bringt ein begeistert aufgenommenes dreifaches Hurra auf den Kaiser aus. Der Vorsitzende gedachte sodann der verstorbenen Bundesmitglieder, darunter ganz besonders des Abgeordneten Dr. Georg Oertel.

Nachdem Herr von Blankenburg den Kassenbericht erstattet hatte, folgte ein Vortrag des Bundesvorsitzenden Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Roesicke-Görsdorf über

„Unsere Ernährungsverhältnisse."

Er gab dem Gelöbnis Ausdruck, die Gräber unserer Gefallenen in Feindesland für uns zu halten, und fuhr dann fort: Vorher, bei der Rede des Freiherrn von Wangenheim, wurde einmal der Name Helfferich gerufen. Unsere Auffassung, daß Deutschland sich vorzubereiten habe für einen Kampf, in dem es abgeschlossen sei von aller Welt, wurde nicht nur nicht geglaubt, sondern sogar verlacht, und die klügsten Leute haben sich daran beteiligt. Ich muß ja annehmen, daß die Leiter unserer jetzigen Geschicke zu den klügsten Leuten gehören. (Große Heiterkeit.) Es war der Staatssekretär Dr. Helfferich, der vor vielen Jahren in Hamburg es als unmöglich hingestellt hat, daß unsere Auslandspolitik es fertig bringen könnte, daß die ganze Welt gegen uns kämpfe. Ich weiß nicht, ob ich es ihr zum Ruhm oder zum Nachteil anrechnen soll, daß sie es doch fertig gebracht hat. (Heiterkeit.) Unser kaiserlicher Herr dagegen hat im deutschen Landwirtschaftsrat ausgesprochen, daß die deutsche Landwirtschaft die Ernährung des eigenen Volkes sichern kann und muß. Für die Zukunft müssen wir uns besser vorbereiten. Wir bedauern, daß nicht an allen Stellen und auch an den regierenden man sich in der Vergangenheit dieser Notwendigkeit der Vorbereitung so bewußt war, wie wir. Wäre man uns gefolgt, dann wäre uns manches erspart geblieben. Schon im Antrag Kanitz war die Magazinierung der Vorräte angeregt und Freiherr v. Wangenheim hat sie noch vor dem Kriege gefordert. Wir aber gingen ohne Vorräte und ohne die vorbereitenden Organisationen in den Krieg hinein. Der Meinung manchen guten Freundes, daß

überhaupt keine Organisationen

vorhanden sein sollten und Handel und Wandel sich frei wie im Frieden entfalten sollten, können ich und der Vorstand uns nicht anschließen. Aber durch die Ausschaltung des Handels wird eine Einrichtung beseitigt, die seit Jahrhunderten die Produkte dorthin gebracht hatte, wo sie am nötigsten waren. Wir haben niemals den Handel als solchen, sondern nur schmarotzenden Zwischenhandel beseitigt sehen wollen. (Sehr wahr!) Die **zu weit gehende Zentralisation** hindert die Versorgungsarbeit der Gemeinden und Bezirke. Man hat die Preise der Produkte festgelegt, aber nicht die der Hilfsmittel und Löhne. Das Geld kann nur seinen Wert behalten, wenn es in die Organisation einbezogen wird. Wir wollen nicht den einzelnen Landwirt bereichern, sondern ausschließlich die Produktion fördern.

In der Zeit, wo alle Preise steigen, ist es doch unmöglich, die Viehpreise zu senken. Bei aller patriotischen Pflichterfüllung muß die Produktion sich doch für den einzelnen erfolgreich gestalten. Bei der Industrie erkennt man das an, man sollte es auch bei der Landwirtschaft nicht außer acht lassen. (Beifall.) Die Kriegsgesellschaften wollten alles billig beschaffen; wenn man aber ihre Preise hört, muß man sich fragen, ob sie zum Verteilen oder zum Verdienen da sind! (Heiterer Beifall.) Wenn der Kaufmann zum Bureaukraten wird und der Bureaukrat zum Kaufmann — das gibt einen schlechten Klang! Der richtige Weg ist beschritten durch die Kriegsämter zur Förderung der Erzeugung. Solche

räudige Schafe

unter uns, die etwa Butter für 9 bis 10 M. abgeben, verurteilen wir aufs schärfste. Aber sind es nicht Städter, die dazu verleiten? Und dann schimpfen sie auf die Landwirte. Die Entblößung der Landwirtschaft von ihren Reserven würde zur Katastrophe führen. Die Städter sollten die Arbeit der Landwirte verstehen, diese aber auch die Entbehrungen der Städter anerkennen; Wir wollen uns verstehen lernen! (Zustimmung.) Wenn die Hindenburgspende, zu der reichlich beizutragen ich Sie aufrufe, genug für die Munitionsarbeiter ergeben hat, dann muß auch der Mittelstand und die übrigen Städter etwas davon haben! — Der Zwiespalt um die U-Boote ist endlich beseitigt. Wir Deutsche fürchten nichts auf dieser Welt als Gott — auch nicht die Vereinigten Staaten! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.) Ein neuer Impuls ist uns gegeben, heran denn alle zur Arbeit, das Ziel sei die Einigkeit im deutschen Volk. Ein fauler Frieden oder ein Ausgleichsfrieden würde unsere Lage viel schlimmer gestalten als jetzt. Ich bekenne mich, um mit Scheidemann zu sprechen, als ein solcher Narr, der an den Sieg der einen Partei glaubt: Ich glaube an den Sieg

des deutschen Volkes im Vertrauen auf Gott! (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Hierauf sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Landrat a. D. Röttger, über „Die deutsche Industrie nach dem Kriege": Landwirtschaft und Industrie haben in diesem Kriege trotz der ungeheuren Schwierigkeiten ihre Aufgabe glänzend erfüllt und damit den exakten Beweis geliefert für die Richtigkeit der Bismarckschen Wirtschaftspolitik. Wir bedürfen der

Erweiterung unserer westlichen Einflußsphäre

in umfangreichem Maße nicht nur für den Kriegsfall, sondern auch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie überhaupt. England würde, wenn es könnte, alles daran setzen, um uns die Beschaffung von Rohstoffen, namentlich von Erzen aus ausländischen Bezugsquellen abzuschneiden, und würde auch, wenn wir nicht die Hand darauf behalten, dafür sorgen, daß uns in der Benutzung des Hafens von Antwerpen die unerträglichsten Schwierigkeiten gemacht werden. Ohne Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wäre unsere Industrie zum Siechtum verurteilt und das Deutsche Reich trotz seiner Siege zu einer Macht zweiten und dritten Grades degradiert, da nur eine starke industrielle Ausfuhr uns die steigenden Mittel zur Behauptung unserer Machtstellung in unserer ungünstigen geographischen Lage beschaffen kann. (Beifall.) Als Voraussetzungen für die Wettbewerbfähigkeit der deutschen Industrie nach dem Kriege bezeichnet der Redner: 1. Die Befreiung von allen Fesseln, die der Krieg gebracht hat, um das freie Spiel der Kräfte möglichst bald wieder zu seinem Rechte kommen zu lassen, ohne damit die Mitwirkung eines weise geleiteten Staates auszuschalten, im Gegensatz zu den Illusionen des Staatssozialismus in seinen verschiedensten Formen. 2. Die schnellste Gesundung der finanziellen Grundlagen unserer Wirtschaft durch die unausweichliche Forderung einer unsere direkten und indirekten Kriegskosten voll deckenden Kriegsentschädigung von unserem leistungsfähigsten Gegner. 3. Beibehaltung der im Kriege glänzend bewährten Wirtschaftspolitik des letzten Menschenalters auf der Grundlage des Gleichgewichts innerhalb unserer Gesamtwirtschaft. (Lebhafter Beifall.) Landrat Röttger verbreitet sich dann noch über das Eisenerzbecken Longwy-Briey. Wenn wir die dort in unerschöpflicher Menge vorkommende Minette nicht zur Verfügung gehabt hätten, wäre unsere Industrie nicht imstande gewesen, ihre Kriegsaufgaben durchzuführen. Ein fürsorglicher Hausvater gibt das, was er in der Hand hat, wenn er es als unentbehrlich erkannt hat, nicht heraus. (Stürmischer Beifall.) Nicht aus Laune, sondern aus Notwendigkeit hat sich die stärkste deutsche Industrie unmittelbar an der jetzigen französischen Grenze angesiedelt. Unsere großen Werke stehen unter den Kanonen von Longwy und auch von Verdun. In einem neuen Kriege würde Frankreich unsere großen Werke sofort in Klump schießen. Heute heißt es: Zur Kriegführung gehört Erz und Kohle und nochmals Erz und Kohle. Wenn die reale Macht auf der Kohle begründet ist, kann es uns in der Industrie und Landwirtschaft verdacht werden, wenn wir sagen: **Halte, was du hast.** (Stürmischer Beifall.) **Wenn wir Belgien herausgeben, haben wir den Krieg verloren,** Englands Prestige befestigt. Belgien hat sich seiner Neutralität unwürdig gezeigt, deshalb muß es mindestens unter unsere Kontrolle fallen. Ich gehe sogar so weit, daß wir **England aus Calais herausbringen müssen,** daß es keine Möglichkeit hat, den Fuß auf den Kontinent zu setzen. Unsere ungünstige geographische Lage hat Gott geschaffen; daran ändern keine Reden von Mitteleuropa etwas. Sie dient aber dazu, unsere Kraft wach zu halten. (Beifall.) Staatserhaltende Gedanken, namentlich des Schutzes unseres immobilen Kapitals, zwingen uns, daß wir uns sträuben, die Kriegskosten selbst zu tragen. (Stürmischer Beifall.) Valutaschwierigkeiten und Flaumacherei wohnen bei vielen Leuten dicht beisammen. Zu sorgen, daß die gesunde Grundlage von Landwirtschaft und Industrie erhalten bleibt, ist unser aller Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Der Versammlung wurde darauf folgende Entschließung vorgelegt, die keinen Widerspruch fand:

Das hochherzige Friedensangebot unseres Kaisers, welches bestimmt war, dem gegenseitigen Vernichtungskampf der Völker der weißen Rasse ein Ende zu machen, ist in schnöder und höhnischer Weise von unseren Feinden zurückgewiesen worden. Aus der Antwort der Feinde haben wir deren klaren und nicht mißzuverstehenden Willen erkannt, Deutschland zu vernichten. Wir danken unserem kaiserlichen Herrn für den Entschluß, nunmehr alle Mittel des Kampfes einzusetzen, um mit der Kraft des Schwertes zu erreichen, was mit friedfertigem Willen nicht zu erreichen war, das Ende des Krieges und einen vollen Sieg unseres Volkes. Die Worte unseres Kaisers an Heer, Marine und Volk zeigen den unverbrüchlichen Willen, daß es ein Zurück nun nicht mehr gibt. Mehr noch wie bisher ist nun, wo alle Kraft auf das äußerste anzuspannen ist, die Aufgabe der Landwirtschaft, an ihrem Teil alles daran zu setzen, um den schlimmsten Bundesgenossen, den die Gegner gegen uns führen wollen, den Hunger, zu entwaffnen. In voller Erkenntnis des Ernstes der Lage, aber auch in ungebrochenem Opfermut **wollen wir deutschen Landwirte alles geben, was wir haben,** schaffen, was Menschenkraft zu schaffen vermag, **und mit dem gesamten deutschen Volke Entbehrung und Einschränkung teilen** und auch unsererseits alle Kraft daran setzen, um den Teil des Kampfes siegreich zu bestehen, den wir zu führen berufen sind.

Als letzter Redner sprach der Reichstagsabgeordnete Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube-Dresden über „Die politische Lage". Unserem Kaiserlichen Admiral danken wir, daß er unsere U-Boote befreit hat von ihren politischen Fesseln. (Stürmischer Beifall.) Aus der undiplomatischen, ungeschickten Antwort der Entente spricht der heißblütige Plebejer Lloyd George. Wir wollen Gott danken, daß er diesen blindwütigen Deutschfresser gerade zur rechten Zeit zum Regenten der Entente gemacht hat. Wer weiß, ob wir sonst nicht noch immer verhandelten über die Friedensfragen auf Treu und Glauben, während die Munitionslager und Kohlenschuppen der Feinde sich anfüllten. Kaiser und Heeresleitung schlugen **den undiplomatischen Tintelbeckel** mit dem Scherte zu. Damit war die Situation gerettet. Und wir rechnen nicht mehr auf Mister Wilson als Zionswächter der Humanität — das ist neuestens ein Ausdruck der „Frankfurter Zeitung". (Gelächter.) Niemals ist einem Volke so teuflisch, hohnvoll seine Existenzberechtigung abgesprochen worden. Daß man das gewagt hat, angesichts der Worte Hindenburgs über unsere unerschütterliche militärische Lage und die Erfolge des Tirpitzschen U-Bootes — da muß der Feind in der Verstiegenheit seines Wahnsinns doch mit irgendeinem Hilfsfaktor rechnen. Und dieser Hilfsfaktor muß irgendwo in deutscher Schwäche liegen. (Zurufe, a. u.: Ballin!) Ich will keine Namen nennen, sondern nur an einen typischen Vorgang erinnern: das amerikanische Handelskammerbankett. (Lebhafte Pfuirufe.) Dieser Vorgang war aus dem

unheilvollen Verständigungsgedanken

geboren. Wer sich mit England verständigen will, **muß es erst niederschlagen oder er ist erwürgt.** (Stürmischer Beifall.) Wir nehmen an, daß im Interesse der baldigen Beendigung des Krieges und des Ansehens der deutschen Staatskunst **der Verständigungsgedanke endgültig auf Hungerkur gesetzt ist.** (Beifall.) Allerdings berührt es merkwürdig, daß aus Ungarn allerhand Stimmen herüberklingen. Die Reden des Ministerpräsidenten Tisza bekennen sich zu dem Wilsonschen Frieden ohne Sieg. Für uns wäre der Wilsonsche Frieden gleich einer Niederlage. (Stürmischer Beifall.) Für das deutsche Volk sind die Würfel gefallen, alle Halbheiten und Entwürdigungen zu Ende. (Stürmischer Beifall.) Redner bespricht dann die Kämpfe um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. In diesem Kampfe muß das nationale Verdienst der „Deutschen Tageszeitung" und seines genialen Mitarbeiters Graf v. Reventlow festgestellt werden. (Minutenlanger tosender Beifall.) Nach einer längeren Polemik gegen Aeußerungen von Dr. Rohrbach und Professor Timme in der „Deutschen Politik" zur U-Boot-Frage beschäftigt sich Redner mit Amerika. Nachdem Herr Gerard sein Spionagebureau geschlossen hat, atmet das deutsche Volk **befreit von diesem Alpdruck** auf, vorausgesetzt, daß er vor Friedensschluß nicht wiederkehrt. (Lebhafter Beifall.) Sein Aufenthalt in Berlin, der intime Verkehr unserer verantwortlichen Männer, seine heuchlerischen Phrasen von den freundschaftlichen Beziehungen, während sein Meister Wilson immer unverschämter mit Niederborungsnoten kam, waren dem deutschen Volke eine Pein. Der Gipfel der Pein war erklommen, als Herr Gerard den Reichskanzler als seinen Freund bezeichnete, nachdem er unmittelbar vorher in Kopenhagen drohende Worte gesprochen hatte. Amerika ist nächst England unser schlimmster Feind, es ist der stille, oder auch laute Teilhaber der Entente, worüber sich sicherlich auch ein vertragliches Dokument vorfinden dürfte. (Lebhafte Zustimmung.) An den Händen des Friedensstifters klebt das Blut von zehntausenden deutschen Söhnen. (Stürmischer Beifall.) Die Friedenskundgebungen hat man zu Börsenspekulationen benutzt, das Völkerrecht zu vergifteten Waffen von Mördern gemacht. Wir wurden an

das Narrenseil des Völkerrechts

gebunden, um diese ganze Satanei als amerikanische Neutralität zu schlucken. Niemand hat bei uns das Bedürfnis gehabt, mit Amerika anzubinden. Wer aber über die Opfer bei der Versenkung des großen Munitionsdampfers Lusitania jammert, denke an die deutschen Witwen und Waisen infolge der amerikanischen Munition. Mister Wilson sitzt jetzt auf diesem großen Speicher zwischen Granaten und Humanität und riecht an der schwedischen Note. (Heiterkeit.) Auffällig sind manche Erscheinungen, auf die schon Freiherr v. Wangenheim hingewiesen hat. Dazu gehört auch, daß ein Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft in Bern nach Wien versetzt ist. Wilson rechnet also mit einer erhöhten Tätigkeit bei der uns befreundeten Macht, nachdem er mit uns die Beziehungen abgebrochen hat. Höchst sonderbar; Amerika darf uns nicht im Wege stehen, weder in Berlin noch in Wien oder sonst wo im Interesse unseres baldigen Sieges durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und unserer Kriegsziele. (Stürmischer Beifall.) Bei Besprechung der Kriegsziele fordert Redner u. a. **ein deutsches Kurland und Litauen.** Wir dürfen keinen Frieden schließen, ohne im Osten die deutsche Magenfrage gesichert zu haben. Unsere Kolonien müssen wir restlos zurückerhalten und **der belgische und portugiesische Kolonialbesitz muß unter unseren Hammer kommen.** (Lebhafter Beifall.)

Mit einer Schlußansprache des Vorsitzenden Freiherrn v. Wangenheim endet die Versammlung.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Der Bezirksvorstand für Mecklenburg-Lübeck beschäftigte sich am Sonntag in einer in Schwerin stattgefundenen Sitzung mit der Situation in der Partei. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschließung gefaßt, die als Aufruf an die Mitglieder in der Parteipresse des Bezirks veröffentlicht werden soll. In dieser erklärt sich der Bezirksvorstand mit dem Beschluß des Parteiausschusses vom 18. Januar, sowie mit dem Aufruf des Parteivorstandes vom 20. Januar d. J. einverstanden. Er ist der Auffassung, daß durch den Beschluß der Sonderkonferenz der Opposition die Gründung einer Sonderorganisation vollzogen wurde, die mit dem § 1 des Parteistatuts unvereinbar ist. Diejenigen, die für diese Sonderorganisation wirken und für sie eintreten, können nicht zu gleicher Zeit Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein. Sie haben in völliger Außerachtlassung des Organisationsstatuts und aller demokratischen Grundsätze die Spaltung der Partei gewaltsam herbeigeführt und der Arbeiterklasse den denkbar schwersten Schaden zugefügt. Unsere Parteiorganisation, die allen Arbeiterfeinden zum Trotz sich in fortwährend aufsteigender Linie entwickelte, soll nun durch die eigenen Mitglieder unterminiert werden. Diesem Treiben muß ein energisches Halt geboten werden.

Weiter beschäftigte sich der Bezirksvorstand mit der durch den Tod des Abgeordneten Roland-Lücke im Strelitzer Wahlkreise sich notwendig machenden Reichstagswahl. Man wird den Genossen des Wahlkreises vorschlagen, den Burgfrieden zu wahren. Uebrigens steht auch der Kandidat des Kreises, Genosse Faß-Berlin, im Felde.

* * *

Die Parteigenossen in **Kassel** beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit den Differenzen in der Partei. Referenten waren die Abgeordneten Thöne und Hüttmann. Mit Dreiviertel-Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung die Entschließung der Kasseler Parteikonferenz vom 30. Januar 1916, in der die Politik der Parteimehrheit gebilligt und jede Sonderaktion verurteilt wird, auch heute noch für sich als bindend erklärt. Weiter heißt es:

Die Opposition in der Partei hat durch ihre Sonderbestrebungen, insbesondere aber durch die Einberufung der Konferenz vom 7. Januar und der auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse sich außerhalb der Partei gestellt. Wer für diese Beschlüsse wirkt oder sich mit ihnen solidarisch erklärt, **kann nicht Mitglied der Partei sein.**

* * *

Die Parteigenossen in **Krefeld-Stadt und -Land faßten gegen eine Stimme** einen Beschluß, der u. a. besagt:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Genossen Haberland insofern einverstanden, soweit es sich um die Einheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation handelt. Die Versammelten bedauern, daß es zu dem Beschluß des Parteiausschusses und Parteivorstandes kommen mußte.

Die Mitglieder der Organisation werden aufgefordert, treu zur Partei zu stehen und alle Zersplitterungsversuche, einerlei, ob dieselben von rechts oder links kommen, zu bekämpfen.

* * *

Am 18. Februar tagte eine **Konferenz der Wahlkreise Thüringens** in Weimar. Die Konferenz stimmte einer Resolution zu, die vom Bezirksvorstand eingebracht worden war und besagt:

Die Konferenz verurteilt auf das entschiedenste das immer stärker hervortretende Bestreben zur Errichtung von Sonderorganisationen, einerlei, von welcher Seite diese betrieben werden.

Die Schwächung unserer Organisation und damit zusammenhängend die Schwächung unserer politischen Macht ist aber auch unausbleiblich, wenn Parteimitglieder, die ihrer von der Mehrheit abweichenden Ansicht offen Ausdruck geben, unter Nichtbeachtung der den Parteimitgliedern im Organisationsstatut gegebenen Rechtsgarantien um ihre Rechte in der Partei gebracht werden.

Zwei andere Resolutionen, die eine von Bock, Wurm und Genossen, die andere von Käppler, Cohen und Genossen, eingebracht, wurden abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Die Rohstoffe der Hefefabrikation.

Die Mehrzahl der Leser hat aus erklärlichen Gründen von der großen Umwälzung, die sich in den letzten zwanzig Jahren auf dem Gebiete der Preßhefefabrikation vollzog, keine Kenntnis. Bei der heutigen Knappheit des Brotgetreides interessiert auch wohl weitere Kreise der Umstand, daß kein Korn Brotgetreide mehr zu Preßhefe verarbeitet wird. An die Stelle des Roggens, dessen Stärke in früherer Zeit durch eine Beigabe von Gerstenmalz den nötigen Zucker hergab, ist heute die Melasse als Zuckerquelle getreten. Melasse ist der Rückstand der Zuckerfabrikation und besteht in der Hauptsache aus unkristallisierbarem Zucker und den verschiedenen Stickstoffverbindungen und Salzen der Zuckerrübe. Die Zusatzstoffe, die in etwa gleicher Gewichtsmenge mit der Melasse zusammen verarbeitet werden, bestehen aus Stoffen, die sich wohl zu Futterzwecken eignen, aber zur menschlichen Ernährung nicht in Frage kommen.

Das Lüftungsverfahren und andere technische Fortschritte haben die durchschnittliche Hefeausbeute von 10 auf 35 Proz. des Gewichts der Rohstoffe erhöht, mit der selbstverständlichen Folge, daß für eine Einheitsmenge Hefe nur noch etwa ein Drittel des früheren Rohstoffes erforderlich ist. In Deutschland werden rund 28 000 Tonnen Hefe verbraucht, die bei einer 35prozentigen Ausbeute rund 80 000 Tonnen Rohstoffe erfordern. Die dazu nötigen 40 000 Tonnen Melasse brauchen der Hefegewinnung nicht in Rechnung gestellt werden, sie werden bei der Hefefabrikation in Alkohol umgesetzt. Bevor es gelungen war, aus der Melasse neben Alkohol auch noch Hefe zu gewinnen, wurde alle Melasse auf Spiritus verarbeitet. Der Rückstand dieser früheren Melassebrennereien, der in der Kartoffel- und Getreidebrennerei die so wertvolle Schlempe liefert, wurde verdampft und zur Gewinnung der in ihr enthaltenen Salze zu Schlempekohle verbrannt.

Von den als Futterstoffverlust anzurechnenden 40 000 Tonnen Beimaterial sind 16 000 Tonnen — 40 Proz. — für die zu Futterzwecken verbleibenden Treber abzusetzen, so daß ein Futterstoffverlust von 24 000 Tonnen verbleibt, dem 28 000 Tonnen Preßhefe gegenüberstehen. Es kann daher nicht von einer Minderung der Menschennahrung durch die Hefefabrikation die Rede sein, sie bedeutet vielmehr eine außerordentliche Vermehrung der Nährwerte.

Die ganze zu Backzwecken verbrauchte Hefe mit ihrem täglich höher eingeschätzten Nährwerte dient der Menschenernährung. Zwar sehen wir die Hefe nicht mehr im Gebäck, weil ihre Zellen bei der Ofenhitze zerstört werden, aber der Nährwert bleibt und um seinen Betrag erhöht sich der Nährwert des Gebäckes. 28 000 Tonnen erstklassige Menschennahrung gegen 24 000 Tonnen Futterstoffe, die nach dem Urteile unserer ersten Autoritäten auf diesem Gebiete bei ihrem Durchgang durch den Tierkörper nur 16 Proz. bis höchstens 20 Proz. Menschennahrung ergeben. Das gesamte Rohmaterial gelangt als Hefe, Treber und Spiritus für Nähr- und Futterzwecke zur Verwertung. Die Berechnungen ergeben, daß zur Herstellung der Hefe bei der Fabrikation rund 11 Proz. der Rohstoffe benötigt werden, das sind von den 80 000 Tonnen etwa 8800 Tonnen.

Bei einer Bevölkerung Deutschlands von rund 66 Millionen beträgt der tägliche Verlust an Futterstoffen durch die Hefefabrikation demnach 0,37 Gramm Futterwerte bzw. 0,07 Gramm Menschennahrung, wenn die Futterwerte selbst zu 20 Proz. auf solche verrechnet werden.

Das Elektrizitätsmonopol.

Der preußische Eisenbahnminister, Herr v. Breitenbach, hat vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause erklärt, daß der preußische Staat in die Elektrizitätsversorgung des Landes unter Schonung der bestehenden Interessen eingreifen werde. Die alte Absicht, ein Reichselektrizitätsmonopol zu errichten, wurde fallen gelassen. Statt dessen war eine Anzahl von Bundesstaaten dazu übergegangen, die Elektrizitätslieferung in eigene Hand zu nehmen. Beispielsweise hat der sächsische Landtag erst im vorigen Jahre einen Monopolgesetzentwurf angenommen und für die Durchführung der Monopolisierung eine erste Rate von 20 Millionen Mark bewilligt, der bald weitere Raten folgen dürften. Mit diesem Gelde hat der sächsische Staat zunächst das Kraftwerk Hirschfelde gekauft, das den Anfang der staatlichen Elektrizitätsversorgung in Sachsen bilden soll. Vorher schon hatte sich Sachsen Braunkohlen gesichert, um bei der Erzeugung des elektrischen Stromes möglichst unabhängig von der Brennstofflieferung zu sein. Die bayerische Regierung hat sich einen Teil ihrer Wasserkräfte für elektrische Zwecke zunutze gemacht. Allerdings hat sie in letzter Zeit wieder den Weg mit der staatlichen Elektrizitätsversorgung verlassen, indem sie mit den Schuckertwerken einen Lieferungsvertrag abgeschlossen hat, der die Elektrizitätsversorgung eines großen Teils von Unterfranken betrifft. Vor einiger Zeit hat der Provinziallandtag der Provinz Brandenburg einen weitzügigen Versorgungsplan angenommen, der die Belieferung der Berliner Ring- und Stadtbahn und darüber hinaus der ganzen Provinz Brandenburg betraf. Damals wurde dieser Entwurf arg bemängelt, weil man meinte, der preußische Monopolplan würde auf diese Weise durchlöchert.

Nunmehr wird eine Vorlage kommen, die aller Voraussicht nach die Elektrizitätsfrage für Preußen grundsätzlich regeln wird und die wahrscheinlich auch Mittel für die Durchführung des preußischen Elektrizitätsmonopols oder wenigstens für die teilweise Versorgung Preußens mit Elektrizität durch den Staat anfordern wird. Ein bekannter Fachmann der Elektrizitätsindustrie hat Mitte des vorigen Jahres eine Berechnung für den Fall der staatlichen Elektrizitätsorganisation aufgestellt. Er kam damals zu einem Voranschlag von 900 Millionen Mark Baukapital und zu einer Nettoverzinsung von 41 Millionen Mark jährlich. Andererseits erwartet das Volk von einer Verstaatlichung der Elektrizitätslieferung eine Verbilligung der Beleuchtung und der Kraft. Denn es ist selbstverständlich, daß ein Monopol nicht rein fiskalischen Zwecken dienen darf. Es muß zwar die Interessen des Fiskus berücksichtigen, es muß aber auch in sehr erheblichem Maße dem Gemeinwohl dienen. Im Januar dieses Jahres hieß es, daß die kommende preußische Elektrizitätsvorlage sich mit der Errichtung eines staatlichen Kraftwerkes bei Hannover befassen werde. Es ist aber kaum anzunehmen, daß Preußen sich zunächst mit der Errichtung eines einzelnen Werkes begnügen wird. Zwar besteht schon eine Anzahl preußischer Kraftwerke, beispielsweise das Kraftwerk an der Edertalsperre und an den Stauanlagen des Mains. Aber eine Gesamtversorgung des großen Landes würde natürlich die Errichtung mehrerer Kraftwerke erfordern. Der Fiskus dürfte, um die Privatrechte und die Rechte der Gemeinde und Gemeindeverbände zu berücksichtigen, lediglich die Erzeugung des elektrischen Stromes übernehmen, während die privaten Werke und die kommunalen Werke die Verteilung des Stromes besorgen.

Vierzig Zuckerfabriken in der Türkei. Türkischen Blättermeldungen zufolge soll das im Ackerbauministerium in Ausarbeitung befindliche Projekt der Schaffung einer Zuckerindustrie in der Türkei die Gründung von 40 Zuckerfabriken in Aussicht nehmen, deren Kapital mindestens zur Hälfte einheimisch sein müsse.

Zentralstelle für alle Textil-Detaillisten-Verbände. Die Deutsche Konfektion regt die Bildung einer Zentralstelle für alle jetzt zersplitterten Textil-Detaillisten-Verbände an, um die Willkür der Lieferanten-Verbände einzudämmen. Der Detaillist solle dem Gegner nicht etwa in dem konkurrierenden Warenhaus, sondern in den mit drakonischen Bestimmungen arbeitenden Verbänden der Fabrikanten und Grossisten leben.

Die osmanische National-Kreditbank. Der türkische Senat hat den Antrag auf Errichtung einer osmanischen National-Kreditbank und auf die Gewährung von Privilegien und Steuerbefreiungen für dieses Institut angenommen. Der Finanzminister erklärte, daß dadurch die Privilegien der Banque Ottomane, deren Aktienkapital im feindlichen Besitz ist, bis zu ihrem Ablauf im Jahre 1923 und 24 nicht berührt werden sollen.

Aus Groß-Berlin.

Kein Kleingeld.

Hamstern die Leute Groschen und Fünfziger, weil Wilson mit dem U.-S.-A.-Polizeiknüppel wackelt? An der einen Warenhauskasse wird in Briefmarken herausgegeben, die an der nächsten schon nicht mehr in Zahlung genommen werden. Wenn man als Kleinstes einen neuen oder einen schmierigen Markschein hat, traut man sich nicht mehr auf die Elektrische, und in der Tasche häufen sich die U-Bahn-Billetts, die man blockweise kauft, weil die Kassenmaid kein Kleingeld hat und man längst nicht mehr wagt, sich ihre Ungnade durch das unverschämte Ansinnen zuzuziehen, auf eine Mark herauszugeben. Selbst die Postämter haben kein Kleingeld; schmerzlich vermissen sie insbesondere die Fünfziger, und ein alter Postbeamter, den ich privatim kenne, sagt mir, daß die Reichsbank nichts hergebe. Oh Havenstein, Du machst uns Pein!

Eine Anzahl Städte hat bereits Notgeld herausgegeben: wir haben es noch nicht. Wir sind stolze Groß-Berliner, jawoll! Wenn irgendwas knapp oder beschlagnahmt wird — bei uns immer zuerst und am längsten. Bei uns ist aller Kohl, der weiße und rote, der Wirsing und der saure, beschlagnahmt — zwei Bahnstunden von hier kann man davon nach Herzenslust haben, darf's aber nicht herbringen. Dafür sind wir aber auch die Hauptstadt, jawoll!

Papierne Fünfziger — warum nicht? Uns ist es egal, wenn wir nur Kleingeld kriegen. Der Bundesrat ist doch zu allem Möglichen ermächtigt; was zögert er?

Wenn er aber nicht will — na, Zweckverband, mach dich mal nützlich! Tu Notgeld in unsern Beutel! Sonst, wir kennen das ja, geht schließlich jede Groß-Berliner Gemeinde für sich vor, und wir könnten es erleben, daß die Notgroschen, die uns auf der Fahrt nach Lichtenberg in Berlin gegeben wurden, auf der Rückfahrt in Lichtenberg nicht angenommen werden.

Aber allen Ernstes! Wie kommt die Bevölkerung der Dreieinhalbmillionenstadt dazu, zu allem andern auch noch den Kleingeldärger auf sich nehmen zu müssen. Hier ist schleunigst abzuhelfen!

(Antwort: „Erwägungen schweben"?)

Massenunterbringung von Stadtkindern auf das Land.

Ein Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" ist gegründet worden, um Kinder der Großstädte in Massen auf dem Lande unterzubringen. Am Mittwoch trat er in Berlin an die Oeffentlichkeit mit einer Werbeversammlung, in der man über seine Ziele das Nähere erfuhr. Das Unternehmen, dem schon im vorigen Sommer durch kleine Versuche vorgearbeitet wurde, soll sich auf das ganze Reich erstrecken. Der Vorsitzende des Vereins, Oberbürgermeister Dr. Scholz (Charlottenburg), deutete gleich in seiner Begrüßungsansprache an, daß der Kinder Wohl weder der einzige, noch der wichtigste Zweck ist. Man wolle nicht nur den Großstadtkindern zu einem Anteil an dem Nahrungsmittelsegen des Landes verhelfen, sondern auch das Verständnis zwischen Stadt und Land fördern. Die Vorträge des Prof. Dr. Mettenheim (Frankfurt a. M.) und des Landrats v. Thadden-Trieglaff ließen dann genaudt erkennen, daß neben dem Wunsch gesundheitlicher Kräftigung der Jugend die Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Vorteile den Ausschlag für die Vereinsgründung gegeben hat.

Der von Prof. v. Mettenheim im einzelnen dargelegte Unterbringungsplan sieht vor, daß die Stadtkinder durch Beteiligung an Landarbeiten sich nützlich machen. Man denkt in erster Linie an die Unterbringung älterer Kinder und fordert Ausdehnung des Landaufenthaltes auf mehrere Monate. In den Städten sollen dann die Schulferien für diese Kinder verlängert werden; auch ist für sie Unterricht in Landschulen beabsichtigt. Erwartet wird, daß durch den Landaufenthalt der Stadtkinder auch Neigung zum Landleben in ihnen geweckt und so „dem Bauernstand neue Kraft zugeführt" wird. Die neue Verbindung zwischen Stadt und Land müsse, sagt v. Mettenheim, durch das Kind angebahnt werden, um da „zu retten, was noch zu retten ist". Sei der vom Lande nach der Großstadt zugewanderte Arbeiter längere Zeit als Fabrikarbeiter beschäftigt, so habe er „das Glück der Genügsamkeit des Landlebens verlernt" und sei „meist sozialistisch verdorben". Es gelle, nicht nur die Großstadtjugend zu ertüchtigen, sondern auch Deutschlands Bauernstand zu erhalten. Der Fluch der Großstadt solle sich in den Segen des Dorfes verwandeln.

Noch deutlicher sprach Landrat v. Thadden-Trieglaff sich aus. Durch die Landunterbringung der Stadtkinder will man für jetzt dem Lande die fehlenden Arbeitskräfte zum Teil ersetzen. Für später wird davon eine Neubelebung der Liebe zum Lande erhofft, die der Flucht vom Lande in die Stadt entgegenwirken soll. Ein Stadtkind aufzunehmen, werde auf dem Lande keine Familie sich weigern, die dazu in der Lage sei. Aber auch keine Stadtfamilie, die es nötig habe, dürfe sich weigern, ihr Kind herzugeben. Das für die Kinder womöglich zu zahlende Pflegegeld von vielleicht 15 M. für den Monat, zu dessen Deckung die Stadtgemeinden beitragen sollen, ändert nichts an der Absicht, die Kinder zu den Landarbeiten heranzuziehen. In der Landfamilie arbeiten alle Kinder, sagte der Vortragende, da werde schon der Nachahmungstrieb auf die Stadtkinder wirken. Was das Stadtkind auf dem Lande aus der von ihm geleisteten Arbeit wie aus der ihm dort erwiesenen Liebe kennen lerne, könne „eine ganze Weltanschauung umwerfen". Ein solches Kind werde „nicht einstimmen, wenn es später mal sagen hört, alle (?!) Landwirte seien Lebensmittelwucherer und Blutsauger". Das letzte Ziel müsse die Annäherung von Stadt und Land bilden, und auch im Frieden müsse „etwas von dem Gedanken übrig bleiben, daß Stadtflucht Vaterlandsdienst und Landflucht das Gegenteil ist".

In der Besprechung wurde gegenüber diesen Ausführungen kein Widerspruch geäußert. Ein katholischer Pfarrer forderte, daß die Kinder nur zu Familien ihres Glaubensbekenntnisses gegeben würden. Oberbürgermeister Dr. Scholz antwortete, das sei „selbstverständlich".

•

Der Gedanke der Unterbringung von Stadtkindern aufs Land ist natürlich an sich nicht zu verwerfen. Es kommt auf die Art und Weise und auf den Zweck an. Und da scheinen uns die Herren, die in der Versammlung aus ihrem Herzen erfreulicherweise keine Mördergrube gemacht haben, nicht die Gewähr zu bieten, daß ihr Plan den Kindern zum Heile gereicht. Die kräftigere und reichlichere Ernährung des Landes und die gesunde Luft tut den Stadtkindern not; demgegenüber aber steht die Gefahr, daß dieser Vorteil zunichte gemacht werde durch Arbeiten, denen diese von Hause aus an landwirtschaftliche Tätigkeit nicht gewöhnten Kinder nicht gewachsen sind. Wenn auch gesagt wurde, daß die Familien, denen Kinder zugewiesen werden sollen, einer Auswahl unterzogen würden, so ist das dennoch keine genügende Sicherheit gegen Ausnutzung. Es sind ja doch fremde Kinder, um die es sich handelt, und selbst den Veranstaltern ist das Wohl der Kinder nicht der wichtigste Zweck. Den „seelischen Schutz" hat man bereitwillig zugestanden; er gilt als selbstverständlich. Gegen die Verpflanzung der Kinder aus den guten Stadtschulen in die leider vielfach unzulänglichen Dorfanstalten aber ist kein Bedenken laut geworden. Wir müssen die Pläne, die die in unserm Bericht erwähnten Herren widerspruchslos offenbaren durften, aus allen diesen Gründen ablehnen.

Groß-Berlin und die Brotkarte.

In den verflossenen 105 Brotkartenwochen sind jede Woche in der Stadt Berlin rund 1 800 000 Hauptbrotkarten, in Groß-Berlin rund 3 600 000 Hauptbrotkarten zur Verteilung an die Bevölkerung gelangt. Denkt man sich diese sämtlichen Karten aneinander gereiht, so würde dies für Groß-Berlin 56 700 Kilometer ausmachen. Das ist mehr als der Erdumfang am Aequator, der 40 000 Kilometer beträgt. Das Gewicht dieser Karten beläuft sich in 105 Wochen auf mehr als 20 000 Zentner oder 100 volle Waggonladungen. Da die einzelnen Abschnitte der Brotkarten alle zum Zwecke der Kontrolle auf dem Umwege über die Brotkommissionen zur Zentrale zurückströmen, so sammeln sich hier wöchentlich 66 600 000 Abschnitte wieder an, die nach Feststellung ihres Gewichts zur Makulatur wandern.

Die Angelegenheiten der Abteilung für Brotversorgung, an deren Spitze Stadtrat Dr. Simonsohn steht, werden in folgenden Abteilungen bearbeitet:

1. Die Generalsachen: Erlaß allgemeiner Bestimmungen über Ankauf, Lager und Abgabe des Mehls an die angeschlossenen Gemeinden, Händler, Bäcker und Verbraucher. Die allgemeinen Bestimmungen über die Bereitung von Brot und Kuchen. Die Organisation der Brot- und Mehlverteilung in Berlin, besonders die Angelegenheiten der 225 Brotkommissionen. Beschäftigt werden u. a. 14 Beamte, 600 Ehrenbeamte in Kommissionen, 23 Personen im Zweigbureau der Kommandantur, 10 Revisoren der Bäckereibetriebe und Mehlhandlungen, 239 Hilfspersonal des Hauptbureaus, 548 Hilfspersonal der Brotkommissionen, insgesamt 1499 Personen.

2. Die Mehlversorgungsstelle Groß-Berlin, umfassend die sechs Städte Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf. Die Angelegenheiten der 46 Orte umfassenden Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin und der Mehlverteilungsstelle Groß-Berlin, ihr Verhältnis zu den Kreisen Teltow und Niederbarnim. Die Ausgabe der Mehlmengen an die angeschlossenen Städte, die Verrechnung mit den Kreisen, die Kosten, die Liquidationen und geldliche Abrechnung. Die Anforderung, Anfuhr, Lagerung des Mehls und der Streckungsmittel. Die Einsammlung der leeren Mehlsäcke; ihre Rückgabe an die Mühlen, die Kontrolle und Verrechnung des Sackpfandgeldes (rund 200 000 Säcke monatlich).

3. Die Verteilung des Mehls innerhalb der Stadt Berlin. Die Abgabe des Mehls und der Streckungsmittel an die zur Abgabe des Mehls an Bäcker (monatlich 26 000 Sack) und Mehlkleinhändler ermächtigten 90 Mehlhändler. Die Feststellung des Mehlbedarfs der rund 15 000 Bäcker, Konditoren, Keksfabriken und 2300 Mehlkleinhändler und die Ausgabe der zum Bezuge des Mehls berechtigenden Mehlkarten an diese. Die Versorgung der Speisebetriebe, Kantinen u. dergl. mit Mehl. Die Revisionen der Backbetriebe und der Mehlhändler bezüglich der Innehaltung der erlassenen Vorschriften.

4. Die Ausgabe der Brotkarten an die Bevölkerung und die Versorgung von Anstalten, Lazaretten (15 000 Insassen), Krankenhäusern, Gefängnissen, Erziehungsanstalten und dergl. ohne Brotmarken. Die Versorgung der auf Selbstverpflegung angewiesenen Militärpersonen und Militärurlauber täglich mit Lebensmittelkarten aller Art. Die Ausgabe der Zusatzkarten an die rund 23 000 Schwerstarbeiter. Kontrolle und statistische Erhebungen über Verausgabung der Brotkarten geschehen durch eine statistische Abteilung von 55 Personen.

5. Abgabe der der Stadt zur Verfügung gestellten Vorräte an Kolonialwaren in enger Verbindung mit der zum Zwecke des Großvertriebes dieser Waren eigens gegründeten Zentral-Einkaufs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Erlaß der Vorschriften über die Ausgabe der Kolonialwaren auf Grund der Lebensmittelkarten.

6. Die Ausgabe der Berechtigungskarten zur Empfangnahme von Petroleum und Spiritus an Heimarbeiter, zum Ausgleich für besondere Zwecke und an Minderbemittelte (28 Personen).

Milchverteuerung und Säuglingssterblichkeit.

Den Preis der Milch von bisher 32 Pf. plötzlich auf 44 Pf. hinaufschrauben zu wollen, ist ein starkes Stück. Man sollte vor allem die Gefährdung, die von einer so enormen Milchpreiserhöhung den Kindern droht, nicht unterschätzen. Ist denn der Gesundheitszustand unserer Kleinsten jetzt so günstig, daß wir eine derartige Verteuerung ihres wichtigsten Nahrungsmittels wagen können?

Für Berlin wurde bei den Säuglingen seit Herbst 1916 eine höhere Sterblichkeit als in denselben Monaten des vorhergehenden Jahres beobachtet. Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amts, die hierüber Aufschluß geben, liegen jetzt erst für die Zeit bis Ende November vor. Seit September berechnet das Statistische Amt die Säuglingssterblichkeit nach einem zuverlässigeren Verfahren, indem es für jeden Monat die Zahl der Säuglingssterbefälle auf das ganze Jahr erhöht und sie mit der Zahl der in den letzten zwölf Monaten lebend geborenen Kinder vergleicht. Dabei hat sich ergeben, daß die Säuglingssterblichkeit für September, Oktober, November im vorletzten Jahr mit noch 262, 255, 256 Fällen gleich 9,62, 9,25, 9,85 Prozent der Lebendgeborenen, dagegen im letzten Jahr mit „nur" 212, 205, 221 Fällen doch gleich 11,62, 10,25, 11,68 Prozent der Lebendgeborenen war. Wir sehen, wie hier die Minderung der Säuglingssterbefälle im Herbst 1916 sich leider restlos aus der Geburtenminderung erklärt.

Bei solcher Erhöhung der Säuglingssterbeziffer soll man

nicht noch eine Milchverteuerung

gutheißen, die für die Ernährung der Säuglinge verhängnisvoll werden kann. Sicherlich wird den meisten Säuglingen, wenn der Milchpreis steigt, nicht deshalb sogleich die Menge der ihnen zu verabreichenden Milch gekürzt. Aber je teurer die Milch ist, desto schwerer muß einer unbemittelten Mutter der Entschluß werden, eine nicht mehr ganz einwandfrei scheinende Milch dem Säugling vorzuenthalten. Besonders in der wärmeren Jahreszeit steigert sich hiermit die Gefahr von Verdauungsstörungen, die nur zu leicht für den Säugling tödlich enden. Diese Erwägung hätte längst dazu führen müssen, schon bei dem jetzigen, gegen früher beträchtlich erhöhten Milchpreis von 32 Pf. unbemittelten Familien mindestens für Säuglinge eine Milchbeihilfe auf Kosten der Gemeinde oder des Staates zu zahlen.

Welchen „Vorteil" würden von der nach Erhöhung der Milchpreises angeblich zu erwartenden Zunahme der Milcherzeugung die Kleinkinder und die Schulpflichtigen, die schwangeren Frauen und die stillenden Mütter sowie die milchbedürftigen Kranken haben. Wenn ein niedriger Preis nichts nützt, wo das Nahrungsmittel auf dem Markt fehlt, so vermag anderseits auch ein lebhaftes Nahrungsmittelangebot den nicht zu retten, für den der Preis zu hoch ist. Die Milchverteuerung könnte bei vielen, denen ein Anspruch auf Milch zusteht, zu notgedrungenem Verzicht auf Milchgenuß führen. Das würde dann allerdings die Milchknappheit mildern — aber nur für die anderen, denen selbst bei 44 Pfennig die Milch noch nicht zu teuer ist!

Die Milchzuweisung an Kranke.

Vollmilch kann leider nicht jedem Kranken nach Belieben gewährt werden. Womöglich soll die Zahl der Kranken, denen ein Anspruch auf Vollmilch zugebilligt wird, nur bis zu 2 Proz. der Bevölkerungszahl gehen. Es ist nun interessant, zu sehen, wie ungleich die Kranken mit Anspruch auf Vollmilch sich über das Gebiet der Milchversorgung Groß-Berlins verteilen. Nach einer Zusammenstellung, die bei der Feststelle Groß-Berlin angefertigt worden ist, waren Anfang dieses Jahres im ganzen Milchversorgungsgebiet die zum Vollmilchverbrauch zugelassenen Kranken 2,5 Proz. der Gesamtbevölkerung. In den einzelnen Gemeinden ist aber die Anteilziffer sehr verschieden — so verschieden, wie man es kaum für möglich halten sollte. Beispielsweise hat Berlin allein nur 1,8 Proz., Lichtenberg nur 1,5 Proz., Neukölln sogar nur 1 Proz., also nur die Hälfte des Zulässigen. Andererseits steht die Anteilziffer in mehreren Gemeinden sehr weit über dem Groß-Berliner Durchschnitt, zum Beispiel in Wilmersdorf auf 4 Proz., in Schöneberg auf 5,2 Proz., in Dahlem auf 6,2 Proz., in Kolonie Grunewald auf 7 Proz., in Zehlendorf sogar auf 10,7 Proz. Es ist also die sehr auffällige Tatsache zu konstatieren, daß der Osten eine niedrige, der Westen eine hohe Ziffer von Kranken mit Vollmilchanspruch hat. Ausnahmen von dieser Regel fehlen allerdings nicht; so stehen z. B. auch Niederschöneweide und Köpenick mit je 2,7 Proz. ein wenig über dem Durchschnitt. Aber im ganzen ist der Gegensatz zwischen Ost und West doch so ausgeprägt, daß man ihn nicht für Zufall halten kann. Soll man daraus auf besonders günstige gesundheitliche Verhältnisse im Osten schließen? Wir glauben nicht. Aber wenn man einmal den Versuch machte, die nötigen Krankheitszeugnisse, für die ja sogar die Kassenmitglieder zahlen müssen, unentgeltlich zu erteilen, so würde sich vielleicht herausstellen, daß im Osten ebenso viele Milch bedürfende Kranke vorhanden sind wie im Westen.

Aerzte über Kinderernährung.

Die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde hat auf einer Tagung in Dresden Leitsätze aufgestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Eine Hebung der Milcherzeugung durch Zuweisung von Futtermitteln an sichere Produzenten, eine Hebung der Milchzufuhr nach den größeren Städten und Industriezentren durch angemessene Preise ist dringend anzustreben. Bei der Bedeutung, die eine Zuweisung von Milch in jeder Beziehung für den damit Begünstigten hat, ist eine weit schärfere Ueberwachung des Milchmarktes, insbesondere der Milchfuhrwerke, hinsichtlich der Art der Verteilung der Vorräte nötig, die jetzt vielfach an Nichtberechtigte gelangen.

Für das 1. Lebensjahr genügt bei Zuweisung von täglich 1 Ltr. Milch die wöchentliche Sicherstellung von 180 Gramm Zucker, 175 Gramm Mehl, 250 Gramm Grieß oder Hafermehl. Für das 2. Lebensjahr empfiehlt sich die tägliche Zuweisung von 3/4 Liter Milch, die wöchentliche von 125 Gr. Fleisch, 1 Ei, 62,5 Gr. Speisefett, 5 Pfund Kartoffeln, 180 Gr. Zucker, 2 Pfund Brot (oder entsprechend Mehl), 1/4 Pfund Grieß oder Hafermehl. Für das 3. bis 6. Lebensjahr bei täglich 1/2 Liter Milch wöchentlich 125 Gr. Fleisch, 1 Ei, 62,5 Gr. Speisefett, 5 Pfund Kartoffeln, 180 Gr. Zucker, 3 Pfd. Brot, 1/4 Pfund Grieß oder Hafermehl. Für das 7. bis 11. Jahr bei täglich 1/4 Liter Milch eine Erhöhung der Brotmenge auf 4 Pfund und für das 12. Jahr, wenn das gleiche bei Kürzung des Greisenalters im Milchbezug nicht zu beschaffen wäre, Zuweisung von 5 Pfund Brot.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt Nr. 35 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Teigwaren und auf Abschnitt Nr. 36 200 Gramm Graupen oder Grütze. Der Kleinhandelspreis beträgt bei Wasserteigwaren aus 75prozentigem Mehl für 1 Pfund Teigröhren 52 Pf., für 1 Pfund Teigröhrenbruch 50 Pf. und für 1 Pfund andere Teigwaren 51 Pf.; bei Wasserteigwaren aus 10prozentigem Auszugsmehl für 1 Pfund Teigröhren 73 Pf., für 1 Pfund Teigröhrenbruch 71 Pf. und für 1 Pfund andere Teigwaren 72 Pf. Der Preis für 1 Pfund Graupen ist 30 Pf. Die Abschnitte 35 und 36 sind nur in den durch ein Aushängeschild „Verkauf von Teigwaren (Graupen) auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin" gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern und zwar

nur am heutigen Donnerstag oder morgigen Freitag.

Nachträgliche Annahme findet nicht statt. Die Ware wird dann etwa sechs Tage nach der Ablieferung der Abschnitte in den Geschäften gegen Rückgabe der Empfangbescheinigung zur Verfügung stehen.

Von Sonnabend, 24. Februar, an wird jedem Berliner Einwohner auf Abschnitt 15 der Eierkarte ein Ei gewährt. Den Gastwirten, Konditoren usw. geht die Eierbelieferung auf Bezugskarte 22 für die drei Wochen vom 24. Februar ab zu. Die lange strenge Kälte hat die Versorgung mit Eiern sehr beeinträchtigt, so daß die reichlichere Eierlieferung, die sonst Mitte Februar beginnt, um Wochen sich verzögert. *

Gasvergiftung einer ganzen Familie.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in dem Hause Weisestraße 24 in Neukölln abgespielt. Dort haben die Schmidtschen Eheleute, die eine Arbeitsstube für Schürzenkonfektion unterhielten, sich und ihre beiden Kinder durch Leuchtgas vergiftet. Ueber den traurigen Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten: Schmidt wohnte mit seiner Frau und zwei Kindern, einem Mädchen von vierzehn und einem Knaben von acht Jahren, einige Jahre in dem Hause Weisestraße 24 in glücklichen Familienverhältnissen. Die Frau litt jedoch seit langer Zeit an Brustkrebs und sollte in nächster Zeit operiert werden. Als Schmidt, der eingezogen, in der vorigen Woche auf Urlaub kam, erfuhr der Mann auch, daß nach ärztlichem Urteil kaum noch Rettung für seine Frau bestand. Dies und die wieder bevorstehende Trennung scheint nun in dem Ehepaar den Entschluß haben reifen lassen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden und die Kinder in den Tod mitzunehmen. Sonntag besorgte Schmidt noch mehrere Einkäufe, darunter einige Flaschen Wein, dann aber sah man von der Familie niemand mehr. Gestern früh fiel Hausbewohnern ein aus der Schmidtschen Wohnung dringender starker Gasgeruch auf. Bei Oeffnung der Wohnung bot sich den Eintretenden ein erschütternder Anblick dar. In ihren Betten lagen die beiden Kinder leblos, Vater und Mutter lehnten ebenfalls tot in Stühlen an den Betten. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren bei allen vier Personen vergeblich.

Eine nicht zu rechtfertigende Rücksichtslosigkeit gegen die badebedürftige Bevölkerung ist es, daß abermals städtische Badeanstalten „bis auf weiteres" geschlossen worden sind, ohne daß dies vorher in der Tagespresse bekannt gemacht worden wäre. Schon vor etwa zwei Monaten ist man bei der Anstalt in der Bärwaldstraße so verfahren, und seit Montag dieser Woche rennen täglich Hunderte von Leuten vergeblich zu den Anstalten, weil die Schließung nicht öffentlich bekannt gemacht wurde.

Die Schnellbahn der A.E.G. von Neukölln nach dem Gesundbrunnen bezw. Reinickendorf erhält nach den neuerdings gepflogenen Verhandlungen an den beiden Endpunkten eine andere Richtung. Im Süden kommt die zuerst geplante Schleife an der Melanchthon-Kirche durch die Urbanstraße in Fortfall und im Norden die Durchquerung des Humboldthains. Der Tunnel soll nunmehr, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Behörden, bis zur Ramlerstraße die Brunnenstraße vollständig durchlaufen. Von dort wird die Bahn in einem Bogen zum Bahnhof Gesundbrunnen geführt. Dieser Bahnhof wird ähnlich wie beim Dreieck von der Schnellbahn bis zur Behmstraße überbrückt und durch eine direkte Treppe eine bequeme Verbindung zur dortigen „Hochbahn" erhalten. Vom Bahnhof Gesundbrunnen soll die Hochbahn im Bogen bis zur Badstraße geführt werden und dann in gerader Linie durch diese Straße und die Schwedenstraße nach Reinickendorf verlängert werden. Eine Weiterführung nach der Kopenhagener Straße in Reinickendorf bis zum Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal ist in Aussicht genommen worden, ferner eine Verbindung mit der „Nordsüdbahn" durch die Seestraße, damit sowohl Züge der Nordsüdbahn als solche der „A.-E.-G.-Bahn" erforderlichenfalls als Ringzüge auf beiden Schnellbahnen verkehren können. Man ist der Meinung, daß durch diese enge Verbindung Benutzung und Rentabilität beider Schnellbahnen ganz wesentlich beeinflußt werden kann.

In wenn auch loser Verbindung mit diesem schon feste Gestalt gewinnenden Plan steht ein anderer, eine direkte Verbindung das

Potsdamer Bahnhofes mit dem Bahnhof Gesundbrunnen durch eine Untergrundbahn über den Bahnhof Friedrichstraße und den Stettiner Bahnhof. Dadurch und durch den Bau der Untergrundbahn Moabit—Lehrter Bahnhof—Potsdamer Bahnhof—Görlitzer Bahnhof—Treptow würde mit einem Schlage in absehbarer Zeit die Frage einer direkten Verbindung aller Berliner Bahnhöfe mittels Schnellbahnen gelöst sein. Gerade im Verkehr mit den Bahnhöfen werden heute Gepäckdroschken, Autos, Schnellbahnen usw. sehr vermißt.

Verkehrsänderungen bei den städtischen Straßenbahnen. Von heute, Donnerstag ab verkehren die Linien Moabit—Hermannplatz und Städtischer Ostring der Städtischen Straßenbahn nur noch mit 15 Minuten Abstand. Abfahrtszeiten ab Moabit und Hermannplatz 6 Uhr 21 Minuten usw. nach der vollen Stunde. Der erste Zug geht ab Moabit 5 Uhr 36 Min., der letzte 12 Uhr 6 Min. Der erste Zug ab Hermannplatz 4 Uhr 41 Min., der letzte 12 Uhr 16 Min. Die Abfahrtszeiten bei der Linie Städtischer Ostring sind ab Stettiner Bahnhof in beiden Richtungen 8 Uhr 23 usw. Minuten nach der vollen Stunde. Der erste Zug ab Stettiner Bahnhof 5 Uhr 38 Min., der letzte Zug 12 Uhr 23 Min. Außerdem werden bei beiden Linien nach Bedarf Einsetzzüge und Frühzüge fahren. Auf der Strecke Strelitzer Str.—Warschauer Brücke—Hermannplatz beträgt die Zugfolge 7½ Minuten. Die Fahrplanänderung ist erforderlich geworden, weil es nicht möglich ist, wegen Mangel an Werkstattpersonal eine genügende Anzahl von Wagen betriebsfähig zu erhalten.

„Gelernte Berufsarbeiter". Der Oberbefehlshaber in den Marken hat bestimmt, daß § 3 Absatz 1 der Bekanntmachung vom 2. Februar 1917 über die Streckung der Heeresnäharbeiten folgende Fassung erhält: „Als gelernte Berufsarbeiter und -Arbeiterinnen (§ 2 Ziffer 1) gelten diejenigen Personen, die als Schneider und Mützenmacher eine Gesellenprüfung bestanden haben oder sich noch im Lehrlingsverhältnis befinden, oder deren Haupterwerbszweig die Beschäftigung mit Schneider-, Näh- und ähnlichen Arbeiten bereits vor dem 1. August 1914 gewesen ist."

„Preis 5 Cents". Schokolade in Tafelpackungen mit dieser Aufschrift werden seit einiger Zeit in Berliner Geschäften feilgehalten. Es handelt sich um holländische Schokolade. Da nun 5 Cents = 8½ Pf. sind, die Tafel Schokolade aber zu 70 und 80 Pf. bis zu 1 M. und darüber verkauft wird, so sollte der Preiswerdegang dieses Artikels behördliches Interesse erwecken.

Bund für Mutterschutz. Der Vortrag von Grete Meisel-Heß „Die Bedeutung der Monogamie" findet am nächsten Montag, 8½ Uhr abends, im Architektenhause, Wilhelmstraße 92/93, statt. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Aus den Gemeinden.

Verkauf von Schaf-Jährlingslämmern in Neukölln. Dem Magistrat ist die Möglichkeit gegeben, Jährlingslämmer zu Zuchtzwecken für die Bevölkerung zu beschaffen. Der Preis für den Zentner steht noch nicht endgültig fest, beläuft sich aber höchstens auf rund 130 M. Bestellungen werden entgegengenommen bis Sonnabend, den 24. Februar 1917, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus, Zimmer 145 (I. Stockwerk).

Lebensmittelnachrichten aus Lichtenberg. In der laufenden Woche können 5 Pfund Kartoffeln und 3 Pfund Kohlrüben oder 3 Pfund Rübensauerkraut entnommen werden. Auf Abschnitt 53 der Lebensmittelkarte wird 1 Pfund Weißkohl und auf das Wappen der Karte 1 Pfund Mohrrüben auf den Märkten oder in den durch Plakate kenntlich gemachten Grünkramgeschäften verabfolgt. Auf das Mittelteil der Karte gelangt ½ Pfund Zwiebeln und auf Abschnitt 10 ½ Pfund Kunsthonig zur Ausgabe. Rübensauerkraut und Zwiebeln werden auf den Märkten, den städtischen Fischhallen und der städtischen Lebensmittelhalle verkauft. Kunsthonig ebenfalls in der Lebensmittelhalle und in den durch Plakate bezeichneten Kolonialwarengeschäften.

Gebäck statt Kartoffeln in Steglitz. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß Kartoffelkarteninhaber, die bis Donnerstag abend keine Kartoffeln erhalten können, berechtigt sind, am Freitag oder Sonnabend gegen Abtrennung der sechs blau schraffierten Abschnitte 48a, b und c der Kartoffelkarte unter gleichzeitiger Vorweisung der Steglitzer Lebensmittelkarte je 100 Gramm Gebäck (zusammen 600 Gramm) bei einem Steglitzer Bäcker zu entnehmen.

Kohlverkauf in Britz. Die Gemeinde Britz hat Weißkohl beschafft, der durch die Händler für 18 Pf. das Pfund zur Abgabe an die Einwohner gelangt. Gegen Vorlegung der Britzer Lebensmittelausweise wird pro Kopf ein Pfund verabfolgt.

Wiederaufnahme des Schulunterrichts. In sämtlichen Wilmersdorfer Schulen wird der Unterricht Donnerstag, 1. März, wieder aufgenommen werden. In Adlershof ist der Unterricht in den beiden Gemeindeschulen am Mittwoch wieder aufgenommen worden.

Geschützte Stadtteile in Tempelhof und Treptow. Durch einen Nachtrag zur Baupolizeiverordnung für die innerhalb der Ringbahn liegenden Vororte Berlins hat der Regierungspräsident die Herstellung von Anlagen, die starken Rauch oder Ruß, üble Gerüche oder schädliche Ausdünstungen oder ungewöhnliches Geräusch verursachen, in dem bebauten Teile des Tempelhofer Feldes und in den neuen Wohnvierteln am Treptower Park verboten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Wahlmännerersatzwahlen im 11. Berliner Landtagswahlkreis fanden am gestrigen Tage bei schwacher Beteiligung statt. In der 3. Klasse gingen zirka 20 Proz., in der 1. und 2. Klasse 25 bis 30 Proz. der Wähler zur Wahl. Vier Wahlen wurden für ungültig erklärt. Auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei sind, wie uns mitgeteilt wird, zirka 35 Prozent der Stimmen gefallen. Von den bei den Ersatzwahlen gewählten Wahlmännern dürften etwa zwei Drittel sich zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft rechnen. Ueber die Haltung der bei den letzten allgemeinen Landtagswahlen gewählten Wahlmänner ist noch nichts genaues bekannt.

Neukölln. Heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, in den Passagesestsälen, Bergstr. 151/152. Mitgliederversammlung. Genosse Schöpflin spricht über: „Die Schicksalsstunde der Partei". Parteigenossen und Genossinnen! Werbt für guten Besuch der Versammlung! Wer auf dem Boden der Einheitsorganisation der deutschen Sozialdemokratie steht, besuche diese Veranstaltung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Reinickendorf-West. Am heutigen Donnerstag findet im Lokal des Herrn Wiechert, Ecke Scharnweber- und Antonienstraße, eine Besprechung statt. Alle, die entgegen den Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft an der Parteieinheit festhalten, sind eingeladen. Scharff, Antonienstr. 45.

Hermsdorf. Sonntag, 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Eggebrecht die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag über den Parteistreit. Wahl des Vorstandes. Verschiedenes. — Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Aus aller Welt.

Erdbeben.

Heidelberg, 21. Februar. („Frkf. Ztg.") Der Seismograph der Königstuhlwarte meldete gestern abend ein sehr fernes und ziemlich heftiges Erdbeben. Es begann etwa um 8 Uhr 11 Minuten; die langen Wellen setzten ungefähr 9 Uhr 2 Minuten ein. Die Bewegung erlosch gegen 10½ Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Tiek. 1. Auch diese Forderung verjährt erst innerhalb zwei Jahren. 2. Sie sind nicht schadenersatzpflichtig. — **Z. 11.** Ja. — **M. 14.** Bei Lohnarrest kann erst der 38,45 M. übersteigende Betrag gepfändet werden; bei Alimenten, Steuern jedoch auch darunter. — **W. E. S. 7.** Nein. — **K. 4255.** 1. Ja. 2. und 3. Fordern Sie ihn auf, binnen einer bestimmten Frist zu zahlen, anderfalls Sie einen Zahlungsbefehl erlassen. 4. Dazu raten wir Ihnen nicht. — **K. M. 43.** Das ist uns nicht bekannt; erkundigen Sie sich im Betrieb selbst. — **E. St. 32.** Die Todeserklärung für den Ehemann kann erfolgen. Der Antrag ist beim Amtsgericht unter Vorlegung der Geburtsurkunde, der polizeilichen Abmeldung und einer amtlichen Bescheinigung, daß er in Rußland ansässig war, zu stellen. Die Unterstützung kommt dann in Fortfall. — **F. R. 35.** Wenden Sie sich unter Darlegung des Sachverhalts an den Vorsitzenden der Einkommensteuerkommission. Wenn sich Ihr Jahreseinkommen dadurch mindestens um ein Fünftel verringert hat, sind Sie für das Vierteljahr steuerfrei.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im östlichen Binnenlande trocken und vielfach heiter; nachts mäßiger Frost, nur um Mittag gelinder; in den anderen Gegenden überwiegend bewölkt ohne erhebliche Niederschläge; Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treuer Parteigenosse, einer der Mitbegründer unseres Vereins

Friedrich Steinbrink

am Montag, den 19. Februar, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofs aus statt.

199/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Packer

Hermann John

von der Firma Kroll u. Strauß, Naunynstraße, am 16. Februar, im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

72/4 **Die Bezirksverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Krankenkassenangestellte

Hermann Frommhold

am Dienstag morgen nach langer Krankheit entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernde Gattin nebst Kindern und Verwandten

Naunynstraße 21. 5a

Berichtigung.
Die Beerdigung des Buchdruckers **Gustav Gardège** findet heute Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, in **Groß-Lichterfelde** (Ost), Langestraße, statt. 191/8b

Metallbetten

Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten billigst an Private. Katalog frei **Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.**

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl. Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Kommunale Kriegsfürsorge
Von **Paul Hirsch,** Mitgl. des preuß. Abgeordnetenhauses, Stadtverordneter
Preis 1 Mark
Vereinsausgabe 50 Pf. 18
Eine Schrift, die in allgemeinen Umrissen eine sachliche Uebersicht über die wichtigsten Geschehnisse deutscher Stadt- und Landgemeinden auf dem Gebiete kommunaler Kriegsfürsorge gibt. Für alle Stadtverord., Gemeindevertreter sowie für die kommunalen Beamten und Ehrenbeamten ist diese Arbeit von großem Wert
Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 3

„Unsere Marine"
Zigarette
3 Pf.
einschließlich Kriegsaufschlag
Trotzfrei
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

640
Es zieht!
Wie leicht holt man sich dabei eine Erkältung oder doch wenigstens eine lästige Heiserkeit.
Wybert TABLETTEN
schützen davor, denn sie erhöhen den Speichelfluß und beugen so, auf natürliche Weise desinfizierend, den Folgen einer Erkältung vor. Sie enthalten keine Mineralien und wirken daher nicht störend, sondern eher günstig auf die Verdauung.
Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.— Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wybert".

Kopenhagener Kautabak
darf nicht mehr eingeführt werden. Bester Ersatz ist Kapitän-Kopenhagener feinster Qualität in denselben Gespinsten.
Erhältlich in den meisten Geschäften.
C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 111. (Kgl. 3861.)
Hauptniederlage d. Kapitän-Tabake sowie Nordhäuser u. Mühlh. Kautabake. Zigarretten zu Original-Fabrikpreisen.

Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 1½ Uhr, im Belle-Alliance-Kasino, Belle-Alliance-Straße 87:

Vereinsversammlung.

Tagesordnung:

1. Vereinsmitteilungen.
2. **Ist der Tarif den Teuerungsverhältnissen angemessen?**
3. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet

289/14 **Der Vorstand.**

Schule und Erziehung.

Allmsloh, Ernst, Aus meinen vier Pfählen. Erlebnisse und Plauderstunden mit meinen Kindern. Für nachdenkliche Eltern und Kinderfreunde erzählt. Gebd. Mk. 1,25

Borchardt, J., Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Mk. —,30

Der Verfasser behandelt eine der wichtigsten Fragen der Jugenderziehung. Er geht von dem Gedanken aus, daß die Prügel in der Schule zu verwerfen seien, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder verderblich ist.

Duncker, Käte, Die sozialistische Erziehung im Hause. Mk. —,40

Rühle, O., Die Volksschule, wie sie ist. Mk. —,75 und Mk. —,30

— Die Volksschule, wie sie sein soll. Mk. —,75 und Mk. —,30

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in seiner ersten Broschüre die Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung möglichst williger und billiger Lohnsklaven für das Kapital. Der Klassenstaat, sagt er, hat Klassenschulen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung kaufen.

— Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Mk. —,20

— Umgang mit Kindern. Grundsätze, Winke, Beispiele. Mk. —,20

Quarck, Dr. M., Kommunale Schulpolitik. Ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule. Mk. 1,— und Mk. —,50

Der Verfasser behandelt in sechs Kapiteln: Volksschulgesetzgebung und Schulverwaltung — Die Volksschullasten der Gemeinden — Die innere Schulorganisation — Schulgesundheitspflege — Mißbrauch der Volksschule zu kirchlichen und politischen Zwecken — Wege und Ziele einer volkstümlichen Schulpolitik. — Er hebt die vielfachen Mängel unseres heutigen Volksschulwesens in allen deutschen Bundesstaaten hervor und zeigt die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderungen.

Schulz, H., Sozialdemokratie und Schule. 2. Auflage. Mk. —,75 und Mk. —,30

— Die Mutter als Erzieherin. Mk. —,50; gebd. —,75

— Die Schulreform der Sozialdemokratie. Mk. 3,—

Eine ausführliche Arbeit über die Stellung der Sozialdemokratie zur Volksbildung.

Seidel, Robert, Arbeitsschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode. Mk. 2,—

— Die Schule der Zukunft, eine Arbeitsschule. Mk. —,80

Zetkin, Cl., Die Schulfrage. Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen. Mk. —,15

Der temperamentvolle Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

Schmittler, P., Soll mein Sohn Lehrer werden?

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3